

Protokoll

Über die am Mittwoch, den 10.05.2023 um 18:30 Uhr im Bräuhaus/Lenausaal stattgefundenene Sitzung des Gemeinderates.

Anwesend:

| | | |
|--------------------------------|-------|------------------------|
| Bgm. Mag. (FH) Andrea Völkl | ÖVP | |
| 1. Vizebgm. Mag. Martin Falb | ÖVP | |
| 2. Vizebgm. Heinz Scheele | SPÖ | |
| STR Gerhard Dummer | ÖVP | |
| STR Mag. Felix Koll | ÖVP | |
| STR Dr. Christian Moser | ÖVP | ab 19:28 Uhr bei TO 10 |
| STR Admir Osmanovic | SPÖ | |
| STR Markus Rosenberger | SPÖ | |
| STR DI Dietmar Pfeiler | GRÜNE | |
| GR Dkkfm. Johannes Bartosch | ÖVP | |
| GR Martin Franta, BEd | ÖVP | |
| GR Siegfried Gaida | ÖVP | |
| GR Monika Handschuh | ÖVP | |
| GR Gregor Hetzendorfer | ÖVP | |
| GR Setki Ibraimi | ÖVP | |
| GR Eleonore Kopf | ÖVP | |
| GR Iris Ludl | ÖVP | |
| GR Peter Samer | ÖVP | |
| GR Manuela Trabauer-Rauchbüchl | ÖVP | |
| GR Margit Weiss | ÖVP | |
| GR Matthias Zagler | ÖVP | |
| GR Daniel Pollak | SPÖ | |
| GR Michael Polly | SPÖ | |
| GR Mag. Alexandra Rester | SPÖ | |
| GR Christian Rester | SPÖ | |
| GR Jürgen Ruzicka | SPÖ | |
| GR Mag. Regina Fless-Klinger | GRÜNE | |
| GR OStR Mag. Walter Klinger | GRÜNE | |
| GR Mag. Matthias Kubat | GRÜNE | |
| GR DI Thomas Muth | GRÜNE | |
| GR Alen Ćorković | FPÖ | ab 20:33 Uhr bei TO 19 |
| GR Wolfgang Mayer | FPÖ | |

Vorsitzende: Bgm. Mag. (FH) Andrea Völkl

Schriftführer: StaDir. Mag. Christina Pinggera

Entschuldigt:

| | |
|---------------------------|-----|
| STR Ing. Mag. Herwig Hödl | ÖVP |
| STR Herbert Pohl | FPÖ |
| GR Yasar Erkol | SPÖ |
| GR Manuel Kurzmann | SPÖ |
| GR Jürgen Strahammer | SPÖ |

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel

Tagesordnung

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Genehmigung des Protokolls vom 29.03.2023

2. Bericht der Bürgermeisterin

3. Bericht des Prüfungsausschusses

Anträge der Bürgermeisterin

4. Verleihung Ehrenring der Stadt Stockerau – Heinz Hörnig
5. Verleihung Medaille „Stockerau dankt“ – Gemeinderätin a.D. Kamath-Petters

Ref. 03 – Anträge Stadtrat Finanzen

6. Darlehensaufnahme Abfallbehandlung
7. Darlehensaufnahme Abwasserbeseitigungsanlage
8. Darlehensaufnahme Wasserversorgungsanlage
9. Kündigung Vertriebsvertrag mit ÖBB-Personenverkehr AG – Ticketverkauf
10. Anpassung Brennholzpreise
11. Ankauf – Feuerwehrauto Unterzögersdorf
12. Änderung – Kurzparkzonenverordnung

Ref. 01 – Anträge Stadtrat Bauwesen und Stadtentwicklung

13. Beauftragung – statische Verstärkung CFK-Lamellen Volksschule West
14. Beauftragung – geänderte Unterkonstruktion Photovoltaik-Anlagen Volksschulen

Ref. 02 – Antrag Stadtrat Beteiligung und Liegenschaften

15. Einräumung Servitut

Ref. 06 – Antrag Stadtrat Sport und Freizeit

16. Beauftragung – Verfließung Damenduschen Hallenbad

Ref. 08 – Anträge Stadtrat Verkehr, Infrastruktur und Straßen

17. Erhaltungserklärung – Radwegförderung Gaswerkstraße
18. Mehrkostenforderung Strabag – Rahmenauftrag

Ref. 09 – Antrag Stadtrat Verwaltung und Digitalisierung

19. Beauftragung – Videostreaming-System und Protokollerstellung
20. Stockerau Card

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Völk: Ich darf Sie alle heute herzlich begrüßen zur Gemeinderatssitzung am 10. Mai 2023. Ich eröffne die Sitzung und stelle die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Entschuldigt sind Herr STR Herwig Hödl, GR Jürgen Strahammer, GR Manuel Kurzmann und GR Yasar Erkol. Später kommen Herr STR Christian Moser und Herr GR Alen Ćorković. Wie Sie bereits gesehen haben, haben wir auch heute wieder einen Probetrieb unseres Live Streams und haben deshalb auch unsere Sitzordnung angepasst.

Vor Eingehen in die Tagesordnung möchte ich bekanntgeben, dass Dringlichkeitsanträge vorliegen gemäß § 46 Abs. 3 der NÖ GO. Dringlichkeitsantrag von Herrn Stadtrat Dummer zu „Förderungsvertrag der KPC PV-Anlage Sportzentrum“. Ich darf den Herrn Stadtrat um die Verlesung des Dringlichkeitsantrages ersuchen.

Dringlichkeitsantrag gemäß § 46 Abs. 3 der NÖ GO „Förderungsvertrag der KPC PV-Anlage Sportzentrum“

Dummer: Am Sportzentrum Alte Au wurde eine PV-Anlage errichtet und wir haben eine Förderung von der KPC im Ausmaß von maximal € 45.568,- genehmigt bekommen. Jetzt hat sich herausgestellt, dass dieser Fördervertrag irrtümlich falsch ausgestellt wurde und deswegen ein neuer Beschluss und eine neuerliche Annahmeerklärung erforderlich ist. Und das möglichst rasch, weil wir bis 30.06.2023 diese Anlagen fertig haben müssen, damit wir die Förderung nicht zur Gänze verlieren.

Antrag

Und ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat wolle die Dringlichkeit zuerkennen und den Antrag in der öffentlichen Sitzung behandeln.

Völk: Ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit, Dankeschön.

| Abstimmungsergebnis: | Dringlichkeit wurde einstimmig zuerkannt | | |
|-----------------------------|---|--------------|---|
| | Gegenstimmen | Stimmhaltung | |
| Prostimmen | | | |
| ÖVP 16 | ÖVP 0 | ÖVP | 0 |
| SPÖ 8 | SPÖ 0 | SPÖ | 0 |
| GRÜNE 5 | GRÜNE 0 | GRÜNE | 0 |
| FPÖ 1 | FPÖ 0 | FPÖ | 0 |

Völk: Ein weiterer Dringlichkeitsantrag wurde uns vom Herrn STR Markus Rosenberger zur Kenntnis gebracht. „Beauftragung zusätzlicher Leistungen, PV-Anlage Mittelschule“.

Dringlichkeitsantrag gemäß § 46 Abs. 3 der NÖ GO „Beauftragung – zusätzliche Leistungen PV-Anlage Mittelschulen“

Rosenberger: Einen schönen guten Abend von meiner Seite. Betreff „Beauftragung – zusätzliche Leistungen PV-Anlagen Mittelschulen“. Es ist ähnlich wie beim vorherigen Antrag. Für die Erweiterung der PV-Anlagen an den Mittelschulen der Stadt sind zur Einspeisung der Überschussleistungen Umbaumaßnahmen und zusätzliche Leistungen gegenüber dem bisher vorgesehenen Leistungsumfang erforderlich. Das Leistungserfordernis dieser Leistungen hat sich erst in einem finalen Abstimmungsgespräch mit der EVN am 08.05., also vor zwei Tagen ergeben, in dem mitgeteilt wurde, dass über den bestehenden Zählpunkt nur eine deutlich geringere als die maximal produzierte Leistung eingespeist werden kann.

Begründung

Die PV-Anlagen müssen gemäß den bestehenden Förderrichtlinien bis spätestens 30.06.2023 fertiggestellt, in Betrieb genommen und die Schlussrechnung ausgestellt werden. Um dies zu ermöglichen sind eine umgehende Beauftragung, Bestellung und Umsetzung der zusätzlichen Leistungen erforderlich. Es wird daher der Antrag gestellt.

Antrag

Der Gemeinderat wolle die Dringlichkeit zuerkennen und den Antrag in der öffentlichen Sitzung behandeln, um die zeitgerechte Fertigstellung der PV- Anlagen auf den Mittelschulen zu ermöglichen. Bitte um Ihre Zustimmung zur Dringlichkeit.

| Abstimmungsergebnis: | Dringlichkeit wurde einstimmig zuerkannt | |
|-----------------------------|---|-----------------|
| Prostimmen | Gegenstimmen | Stimmenthaltung |
| ÖVP 16 | ÖVP 0 | ÖVP 0 |
| SPÖ 8 | SPÖ 0 | SPÖ 0 |
| GRÜNE 5 | GRÜNE 0 | GRÜNE 0 |
| FPÖ 1 | FPÖ 0 | FPÖ 0 |

Völk: Dankeschön, wenn Sie dem Antrag ihre Dringlichkeit geben, ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit, Dankeschön.

Völk: Der Dringlichkeitsantrag wird in der öffentlichen Sitzung Referat 01 – Bauwesen und Stadtentwicklung behandelt und der Folgeantrag vom Herrn Stadtrat Dummer wird in der öffentlichen Sitzung unter Referat 03 – Finanzen behandelt. Dankeschön, der dritte Dringlichkeitsantrag, der uns zu ergangen ist, kommt von den GRÜNEN, „Wohnen muss leistbar sein“. Das Wort hat GR Kubat.

Dringlichkeitsantrag gemäß § 46 Abs. 3 der NÖ GO „Wohnen muss leistbar sein“

Kubat: Einen wunderschönen guten Abend auch von meiner Seite.

Begründung

Aufgrund des momentanen wirtschaftlichen Umfelds wird Wohnen für viele Menschen eine immer größer werdende finanzielle Belastung. „Zu Jahresende 2022 haben die Mieten inklusive Betriebskosten in Österreich im Schnitt um 7 % im Vergleich zum 4. Quartal drei 2021 auf 8,9 € pro Quadratmeter zugelegt.“, so die Analyse der Statistik Austria. In Stockerau sind Mietpreise von circa 13 € pro m² am heimischen Markt gerade üblich. Je kleiner die Wohnung, umso höher den Mietpreis auf dem Quadratmeter. „Bis zu dreimal können freie Mieten aufgrund der Inflation allein im Jahr 2023 angehoben werden. Für einen Ein-Personen-Haushalt, der zuvor 800 € Miete im Monat bezahlt hat, können am Ende des Jahres 897 € auf der monatlichen Vorschreibung stehen.“, schildert Kurier.

Antrag

Um die Inflation beim Wohnen auszubremsen, den freien Markt samt seiner freien Preisbildung auszugleichen und dort zu helfen, wo es nötig ist, möge der Gemeinderat beschließen:

- Der Gemeinderat weist die Bürgermeisterin als Gesellschaftsvertreterin der Kommunalen Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft Stockerau mbH, kurz KIG genannt, die im 100%igen Eigentum der Stadtgemeinde Stockerau steht, an dem Geschäftsführer wie dem Aufsichtsrat in Auftrag zu erteilen, dass die Mieten in den Jahren 2023 rund 2024 jeweils um 2% erhöht werden dürfen. Die Stadtgemeinde Stockerau soll bei der KIG bei Bedarf zur Stärkung der Liquidität für den Zeitraum 2023 rund 2024 die daraus ergebenden Mindereinnahmen mittels Gesellschafterzuschuss kompensieren.
- Damit die soziale Treffsicherheit auch bei jenen Personen ankommt, die nicht in KIG-Wohnungen eingemietet sind, wird die Mietzinsunterstützung der Stadtgemeinde Stockerau für alle Mieter:innen von Wohnungen in Stockerau geöffnet, wie dies bereits im Zuge der KIG-Ausgliederung im Jahr 2008 im Gemeinderat beschlossen wurde. Daher soll die Richtlinie der Mietzinsunterstützung der Stadtgemeinde Stockerau wie folgt abgeändert werden: *„Diese Richtlinie gilt für alle Mietwohnhäuser mit mehr als zwei Wohneinheiten, die im Gemeindegebiet der Stadtgemeinde Stockerau liegen.“*
- Bei zukünftigen Umwidmungen der Stadtgemeinde Stockerau verpflichtet sich die Gemeinde Freiflächen für zukünftigen sozialen Gemeindewohnbau zu reservieren und diesen in einer angemessenen Frist umzusetzen.

Die daraus resultierenden Ausgaben der Stadtgemeinde Stockerau sollen beginnend mit dem Nachtragsvoranschlag 2023 eingearbeitet werden.

Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit begründet sich in der extrem angespannten finanziellen Situation einiger Stockerauer:innen und den bevorstehenden Mietpreiserhöhungen im Zusammenhang mit der allgemeinen Teuerung.

Völk! Dankeschön, Wenn Sie dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe hier Einstimmigkeit, Dankeschön.

| Abstimmungsergebnis: | Dringlichkeit wurde einstimmig zuerkannt | |
|-----------------------------|---|-----------------|
| Prostimmen | Gegenstimmen | Stimmenthaltung |
| ÖVP 16 | ÖVP 0 | ÖVP 0 |
| SPÖ 8 | SPÖ 0 | SPÖ 0 |
| GRÜNE 5 | GRÜNE 0 | GRÜNE 0 |
| FPÖ 1 | FPÖ 0 | FPÖ 0 |

Völk! Dieser Tagesordnungspunkt wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

Ich darf Ihnen nun noch zur Kenntnis bringen, folgende Punkte werden von der Tagesordnung abgesetzt.

- 16. Beauftragung – Verfließung Damenduschen Hallenbad
- 20. Stockerau Card
- 21. Berufung gegen Abgabenbescheid – in der nichtöffentlichen Sitzung.

Genehmigung des Protokolls von 29.03.2023

Völk! Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 29.03.2023 unverlesen zu genehmigen. Die Anregungen von Herrn GR Thomas Muth wurden durchgeführt. Ich ersuche Sie um Abstimmung.

| Abstimmungsergebnis: | Einstimmig beschlossen | |
|-----------------------------|-------------------------------|-----------------|
| Prostimmen | Gegenstimmen | Stimmenthaltung |
| ÖVP 16 | ÖVP 0 | ÖVP 0 |
| SPÖ 8 | SPÖ 0 | SPÖ 0 |
| GRÜNE 5 | GRÜNE 0 | GRÜNE 0 |
| FPÖ 1 | FPÖ 0 | FPÖ 0 |

2. Bericht der Bürgermeisterin

Völk! Ich wollte nur kurz zur Kenntnis bringen, wir hatten Maßnahmen, Pflegemaßnahmen, auch Maßnahmen zur Aufforstung, dass hier Gebiete hergerichtet werden, vorbereitet werden. Und da gab es Anzeigen und Anfragen bei der Naturschutzbehörde. Im Zuge des Falles, also des ganzen Themas, gab es auch Zeitungsberichte und in einem der Zeitungsberichte in der Kronen Zeitung wurde wörtlich von Herrn STR Pfeiler zitiert: „Die erste Reaktion der NÖ Naturschutzbehörde sei nun eingegangen“, so der Stadtrat. „Es wurde eine Unterlassung bis zur Klärung der Zulässigkeit dieser Vorgangsweise verfügt. Weitere erhebliche Eingriffe sind damit untersagt worden“, wie Pfeiler informiert. Uns liegt nun ein Schreiben der NÖ Landesregierung vor, datiert mit 12.04., wo sie hier zu diesen Maßnahmen, hier geht es auch um die Häckselung und Mulchung, Stellung nehmen und es wird hier wörtlich mitgeteilt: „Die NÖ Landesregierung, Abteilung Naturschutz als für Maßnahmen im Naturschutzgebiet

zuständige Naturschutzbehörde teilt mit, dass gegenüber der Stadtgemeinde Stockerau keine Unterlassungen verfügt wurden.“ Ich wollte das hier zur Klarstellung auch noch einmal berichten und ersuche um Kenntnisnahme des Berichts.

| Abstimmungsergebnis: | | Einstimmig zur Kenntnis genommen | | | |
|-----------------------------|----|---|---|-----------------|---|
| Prostimmen | | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung | |
| ÖVP | 16 | ÖVP | 0 | ÖVP | 0 |
| SPÖ | 8 | SPÖ | 0 | SPÖ | 0 |
| GRÜNE | 5 | GRÜNE | 0 | GRÜNE | 0 |
| FPÖ | 1 | FPÖ | 0 | FPÖ | 0 |

Franta verlässt die Sitzung 18:57 Uhr

3. Bericht des Prüfungsausschusses

Pollak: Vielen Dank fürs Wort. Ich darf Ihnen den Bericht des Prüfungsausschusses zur Kenntnis bringen.

Am 05.05.2023 stattgefunden, um 07:32 Uhr begonnen im kleinen Sitzungssaal. Anwesend waren GR Pollak, er hat aufgrund der krankheitsbedingten Abwesenheit von GR Mag. Kubat den Vorsitz inne gehabt. Deshalb bringe ich Ihnen den Bericht auch heute zur Kenntnis. Weiteres waren anwesend GR Polly, GR Mayer, GR Kopf, GR Bartosch, GR Zagler, GR Gaida, in der Zeit von 07:48 – 08:39 Uhr. Entschuldigt waren GR Kubat, GR Rester.

Tagesordnung war

- Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Aufstellung der Gemeindeorganisation – Organigramm
- Geplante Personalkosten laut Voranschlag 2023
- Dienstpostenplan – Vergleich Ist und Plan sowie etwaiger zusätzlicher Bedarf der einzelnen Abteilungen
- Theorie: Wie erfolgt die Einstufung? (Gemeindebedienstetengesetz, Nebengebührenordnung)
- Stichprobenartige Überprüfung von maximal 3, wie die Einstufung erfolgt ist (praktisch) – dafür wird Herr Zeman eine Liste der Personalnummern (ohne Namen!) vorbereitet und die drei Mitarbeiter sind per Zufall ausgewählt worden

Die Details dazu werden im nicht öffentlichen Teil des Berichtes zur Kenntnis gebracht. Bitte dafür um Verständnis. Nach der Begrüßung stellt der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit fest.

Organigramm

Derzeit sind noch mehrere Dienstposten, unter anderem zwei der vier Bereichsleiter unbesetzt. Diese Aufgaben werden derzeit von der Stadtamtsdirektorin übernommen. Dies betrifft die ersten beiden Bereiche „Hauptverwaltung, Bürgerdienste“ bzw. „Finanzen, Budget und Beteiligungen“. Wann diese Posten besetzt werden sollen, ist derzeit noch nicht fix. Die Dienstposten werden vom Gemeinderat festgelegt.

Geplante Personalkosten war Voranschlag 2023

Die geplanten Personalkosten liegen bei rund 16,4 Millionen Euro. Derzeit sind 32% des Budgets ausgegeben, damit liegt die Gemeinde im vorgesehenen Bereich. Es wurden heuer auch schon mehrere Abfertigungen ausbezahlt, zudem gibt es Doppelbesetzungen, durch langfristige Krankenstände. Daher sind die Ausgaben leicht überdurchschnittlich, aber nicht außergewöhnlich hoch. Viele der Abfertigungen sind zuvor planbar, allerdings nicht alle, da manche Mitarbeiter länger arbeiten, als ursprünglich erwartet wurde. Rund 20% der Mitarbeiter sind noch in der Abfertigung alt. Nach 20 bzw. 40 Dienstjahren gebührt eine Sonderzahlung.

Urlaube werden in der Regel im selben Jahr konsumiert, eher seltener werden Urlaube mitgenommen. Tendenziell fallen im Pflegeheim durch die Nachtdienste Überstunden an, auch deshalb werden hier Urlaube mitgenommen.

Grundsätzlich verfällt der Urlaub am Ende des nächstfolgenden Jahres, es sei denn der Urlaub kann nicht konsumiert werden, bspw. wegen Pflegekarenz oder Langzeitkrankenstand. Der Fall, dass durch hohen Arbeitsdruck kein Urlaub konsumiert werden kann, ist laut Herrn Zemann, noch nicht vorgekommen.

Ein Jahresurlaub kann ins nächste Jahr mitgenommen werden. Eine Höchstgrenze an Plusstunden (Überstunden und Mehrarbeitsstunden), welche ins folgende Jahr mitgenommen werden kann, besteht nicht.

Es ist unterschiedlich, ob am 15. oder am Ende des Monats ausbezahlt wird. Urlaubsgeld und Weihnachtsremuneration wird nicht zwei Mal im Jahr, sondern vier Mal im Jahr ausgezahlt, entsprechend erhalten die Bediensteten alle 3 Monate ein halbes Monatsgehalt zusätzlich zum regulären Gehalt. Wenn bei Ausfällen eine höherwertige Tätigkeit ausgeführt wird, steht eine Verwendungszulage zu.

Dienstpostenplan – Vergleich Ist und Plan, sowie etwaiger zusätzlicher Bedarf der Abteilungen

Dieser wird für das kommende Jahr beschlossen, kann aber im Rahmen eines Nachtragsvoranschlages auch unterjährig geändert werden. Voraussichtlich wird dies heuer der Fall sein, da die Marketing-Abteilung Aufgaben übernimmt, die bisher die WISTO abgewickelt hat und ein zusätzlicher Dienstposten ist vorgesehen. Grundsätzlich besteht die Unterscheidung zwischen Beamten und Vertragsbediensteten, wobei Beamte schon die Seltenheit sind.

Der Dienstpostenplan sieht 342 Stellen gesamt vor. Davon kann aber auch abgewichen werden, um zusätzlich 60 nicht ständige Mitarbeiter, wie Saisonkräfte oder zur Abwicklung der Festspiele oder zur Abdeckung von Langzeitkrankenständen, aufzunehmen. Weiters besteht die Möglichkeit 15 Lehrlinge aufzunehmen. Derzeit sind einige der 342 Stellen nicht besetzt. Dies betrifft zwei der Bereichsleiter, auch einige weitere Posten, an unterschiedlichen Stellen, sind nicht besetzt. Dies kann auch den Grund haben, dass Posten durch die Firma Menschen und Arbeit GmbH, kurz MAG genannt, besetzt werden.

Zudem sind nicht alle Dienstposten als Vollzeitstellen vorgesehen. Insgesamt beträgt das Soll daher 305 Posten, gesamt hat die Gemeinde derzeit 315 Mitarbeiter, das bedeutet das zusätzlich 10 nicht ständige Mitarbeiter derzeit in der Gemeinde tätig sind.

Es gibt verschiedene Gründe warum manche Posten nicht besetzt werden können. Einer der Gründe ist, dass das Gehaltsschema der Gemeinden deutlich unter dem Markt, auch unter der Vergütung im Land Niederösterreich, liegt, was bspw. den Bereich Pflege betrifft. Das Gehaltsschema ist so aufgebaut, dass das Anfangsgehalt sehr niedrig ist, durch einen Sprung alle zwei Jahre wird das Gehalt erst mit den Dienstjahren besser und konkurrenzfähiger. Dies ist aber gerade für viele Junge unattraktiv. Auch der Unterschied zwischen Facharbeiter und ungelernten Arbeitern ist zu Beginn sehr gering.

Eine Valorisierung des Gehalts erfolgt in der Regel am Anfang des Jahres, dies waren heuer etwas mehr als 7%, früher gab es aber auch Jahre, wo es nur Einmalzahlungen und keine prozentuelle Erhöhung gab. Gemeinden haben keinen Kollektivvertrag. Der Bezug ist gesetzlich festgelegt. Für Lehrlinge gibt es allerdings zum Teil Kollektivverträge.

Das Schema/Gesetz wurde 1998 beschlossen. Die Länder können, müssen aber nicht, die Verhandlungsergebnisse des Bundes übernehmen. Die Valorisierung ist für Vertragsbedienstete und Beamte gleich. Bei den Verhandlungen wird gemeinsam mit GÖD und YOUNION verhandelt.

Theorie, wie erfolgt die Einstufung nach GBG und Nebengebührenordnung

Im Dienstpostenplan ist die „Wertigkeit“ festgeschrieben. Grundsätzlich ist daher die Entlohnung die vorgesehen Stufe und zusätzlich die Vordienstzeiten.

Bei einem Funktionsdienstposten erfolgt die Einstufung nach der ihm zustehenden Funktionsdienstgruppe, ggf. eine Zusatzleistung, welche vom Gemeinderat beschlossen wurde.

Es ist bspw. möglich, dass ein Arbeiter aufgenommen wird, der grundsätzlich Facharbeiter sein müsste, aber keine abgeschlossene Ausbildung hat.

Bei Überstellungen, bspw. bei Musiklehrern, die zusätzliche Ausbildungen machen, gibt es eine gesetzliche Grundlage, wie vorgegangen wird.

In der Regel bringen weitere Ausbilden, wenn die Mitarbeiter am selben Dienstposten verbleiben, keinen monetären extra Bezug, wobei dieser natürlich vom Gemeinderat beschlossen werden könnte.

Überstellungen gibt es, wenn ein Mitarbeiter eine Zusatzausbildung macht und dann den Posten wechselt, dadurch kommt es zu einer anderen Einstufung und es kann zu einer höheren Entlohnungsstufe kommen. Dadurch wird nicht dieselbe Position besser bezahlt, sondern es folgt eine andere Einstufung auf Grund anderer Tätigkeit.

Gerade bei leitenden Positionen ist eine höhere Einstufung schwierig. Der Gemeinderat kann aber Zeiten anrechnen, die in der Privatwirtschaft absolviert wurden. Auch ein Sondervertrag, beschlossen durch den Gemeinderat, wäre möglich, hierbei könnten vom Gesetz abweichende Entgeltzahlungen beschlossen werden. Sonderverträge gab es in der Vergangenheit öfters, seit es die Funktionsgruppen im Gesetz gibt, ist dies eine Seltenheit. Durch sehr belohnenswerte Tätigkeiten kann es zu einer Überstellung in eine höhere Entlohnungsstufe, durch den Gemeinderat, kommen.

Es gibt gesetzlich geregelte Zulagen, wie Studienbeihilfe oder Sonn- und Feiertagszulagen. In Gesetz und Verordnung geregelt sind bspw. Fahrtkostenzuschuss.

Auch durch den Gemeinderat beschlossen Zulagen (Nebengebührenordnung) wie Schmutz-, Gefahren- bzw. Erschwerniszulage kann das Entgelt der Mitarbeiter erhöhen.

Diese Zulagen können sehr individuell sein, wie die Schmutzzulage, die nach konkreten Tätigkeiten zusteht. Dies betrifft bspw. Bauhofmitarbeiter, die bei konkreten Tätigkeiten sehr schmutzig werden, hier ist zusätzlich ein Duschen während der Arbeitszeit möglich.

Fahrtkostenzuschuss ist nicht einheitlich geregelt. Bei den Musiklehrern ist die Bundesregelung anzuwenden. Bei den weiteren Mitarbeitern basiert die Abrechnung auf Landesgesetzgebung. Die NÖ Regelung steht am 13 km Entfernung Wohnort/Arbeitsort zu.

Es gab früher Probleme mit der Aushändigung von Dienstverträgen, dies wird derzeit aufgearbeitet, zumindest einen Dienstzettel erhalten alle Arbeitnehmer.

Stichprobenartige Überprüfung von maximal 3 wie die Einstufung erfolgt ist, dafür wird Herr Zeman eine Liste der Personalnummern ohne Namen bereitstellen und wir suchen per Zufall 3 Nummern heraus.

Es wurde eine anonymisierte Liste aller Beschäftigten, inkl. Lehrlinge und Zivildienstler erstellt. Nicht umfasst sind ruhende Fruchtgenussemphänger und Gemeinderatsmandatäre.

Insgesamt sind dies 384 Personen. Folgende Nummern wurden zufällig gewählt: 7, 25, 123
Eine Musiklehrerin, eine Stützkraft und ein Forstarbeiter. Wie angekündigt, werde ich die Details im nicht öffentlichen Teil zur Kenntnis bringen.

Es erfolgt dann im Anschluss die Kassaprüfung

Der Kassastand beträgt 4.329,47 Euro. Der Bargeldbestand stimmt mit den Aufzeichnungen überein. Die Versicherungssumme für den Safe beträgt 360.000 Euro. In der Regel sind unter 15.000 in der Kassa.

Istbestände laut beiliegendem Tagesbericht vom 21.04.2023: € 11.169.712,84

Ich bitte mich von der Verlesung zu entbinden. Aus der Gegenüberstellung von Istbestand lt. Tagesbericht und Sollbestand ergibt sich eine vollständige Übereinstimmung.

Völk: Dankeschön für den Bericht des Prüfungsausschusses. Gibt es Wortmeldungen?

Muth: Noch von meiner Seite, weil es um die ausstehenden Dienstverträge gegangen ist, möchte ich wirklich darum bitten, dass die bis Ende Juni ausgestellt werden, so wie es im Ausschuss besprochen wurde. Danke.

Falb: Ja, auch von meiner Seite schönen Abend. Ich wollte den Bericht zum Anlass nehmen, dass ich mich aufrichtig bedanke bei der Personalabteilung und beim Personaldirektor Zeman für die in den letzten Jahren wirklich schwierig gewordene Arbeit, die eigentlich glaube ich, weitgehend zu aller Zufriedenheit erfüllt wird. Auch dem Thomas Salway, als Chef der Dienstnehmer Vertretung, möchte ich für sein sehr konstruktives Zusammenwirken sehr

danken. Wir haben wahnsinnig komplexe Themen derzeit abzarbeiten. Ich sage einmal vorsichtig seit Corona, seit Eintreten eines doch sehr starken Arbeitskräftemangels, Fachkräftemangel und auch aufgrund der zunehmend steigenden rechtlichen Anforderungen in den Bedienstetengruppen. Wie gesagt, es wird von der Personalabteilung unter Zeman, meiner Meinung nach, tadellos abgearbeitet und ich möchte mich dafür wirklich bedanken.

Völk: Dankeschön. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, ersuche ich um ein Zeichen der Kenntnisnahme des Prüfungsausschussberichtes, dankeschön.

| Abstimmungsergebnis: | | Einstimmig zur Kenntnis genommen | | | |
|-----------------------------|----|---|---|-----------------|---|
| Prostimmen | | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung | |
| ÖVP | 15 | ÖVP | 0 | ÖVP | 0 |
| SPÖ | 8 | SPÖ | 0 | SPÖ | 0 |
| GRÜNE | 5 | GRÜNE | 0 | GRÜNE | 0 |
| FPÖ | 1 | FPÖ | 0 | FPÖ | 0 |

Völk: Der Herr Stadtrat Pohl hat sich soeben für die Sitzung entschuldigt. Er kann leider nicht teilnehmen.

Franta nimmt an der Sitzung wieder teil 19:11 Uhr

4. Verleihung Ehrenring der Stadt Stockerau – Heinz Hörnig

Völk: Heinz Hörnig, das Urgestein und Herz unserer Partnerstadt Andernach. Antrag auf Verleihung des Ehrenring der Stadtgemeinde Stockerau für Herrn Heinz Hörnig
Aufgrund der besonderen Verdienste um das kulturelle, soziale und gesellschaftliche Leben der Stadt Stockerau und seiner Verdienste um die internationale Zusammenarbeit der Städte Andernach und Stockerau wird vorgeschlagen Herrn Heinz Hörnig, Vorsitzender des deutsch-österreichischen Freundschaftskreises Andernach den Ehrenring der Stadtgemeinde Stockerau zu verleihen.

Begründung

Heinz Hörnig wurde am 17.06.1943 in Luxemburg geboren, lebt seit 1944 in Andernach, wo er sich sowohl im Fußball- als auch im Boxsport engagierte. Von 1974 bis 2004 war er aktiv in der Kommunalpolitik tätig, davon 20 Jahre als Fraktionsvorsitzender (SPD) im Stadtrat.

Seine ersten Kontakte zu Stockerau hatte Heinz Hörnig bereits 1966, als ihn der Boxsport nach Österreich führte. In der Viehversteigerungshalle veranstalteten die Gebrüder Genahl damals ein internationales Boxturnier, an dem auch Heinz Hörnig teilnahm. Er boxte gegen den Stockerauer Amateurboxer Höritzhauer und gewann nach Punkten. Aus den Händen von Bürgermeister a.D. Leopold Richentzky (damals Jugendfunktionär) erhielt er den Pokal.

Die Städtepartnerschaft zwischen Andernach und Stockerau begann auf kulturellem Gebiet, als die Burgfestspiele Andernach und die Stockerauer Festspiele, damals unter Intendant Otto Kroneder, später Jürgen Wilke, zusammen zu arbeiten begannen. Jürgen Wilke war für die Andernacher immer der „Ehestifter“ der Partnerschaft. Auch die Vereine und die freiwilligen Feuerwehren pflegten den Austausch zwischen den beiden Städten, die schließlich im Jahr 1984 eine offizielle Städtepartnerschaft unterzeichneten.

Heinz Hörnig und seine Gattin Helga gehörten zu den Gründungsmitgliedern des Deutsch-österreichischen Freundschaftskreises, dessen Vorsitzender er 1989 wurde. Hörnig, der im Laufe der Jahrzehnte persönlich mehr als 50 Mal Stockerau besucht hat, bemühte sich von Anfang an sehr aktiv um den Partnerschaftsverein. Im Jahre 1987 begann der deutsch-österreichische Freundschaftskreis Andernach-Stockerau, in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Andernach, Bürgerfahrten und Radtouren in die österreichische Partnerstadt vor den Toren Wiens anzubieten. Dadurch sollten möglichst viele interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Andernach und Umgebung die Möglichkeit erhalten, Stockerau kennenzulernen und auch Kontakte zu den österreichischen Freunden in der Partnerstadt zu

knüpfen. Bei diesen Bürgerfahrten nutzten mehr als 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, die Partnerstadt zu besuchen und darüber hinaus die Geschichte, die Kultur und auch die Gastfreundschaft der Partnerstadt kennen zu lernen.

Im Rahmen der Bürgerfahrten wurde auch jedes Jahr die Premiere der Stockerauer Festspiele mit Gästen aus Andernach und Umgebung besucht. In den mehr als 25 Jahren, in denen diese Bürgerfahrten durchgeführt wurden, entwickelten sie sich zu einem echten Highlight der Partnerschaft.

Das Angebot von Bürgerfahrten nach Andernach und Umgebung nutzten auch viele Stockerauer:innen, zunächst mit dem damaligen Vorsitzenden Werner Bauer, danach mit Edith Bauer und Kurt Stuhr. Hierbei haben Heinz Hörnig und seine Vorstandskolleginnen und -kollegen immer die Gestaltung des Programms und die Betreuung übernommen.

Damit hat sich Heinz Hörnig besondere Verdienste nicht nur um die Völkerverständigung erworben, sondern auch einen großen Beitrag zur Bekanntheit Stockeraus in Rheinland-Pfalz und ganz besonders in Andernach und Umgebung geleistet.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund der besonderen Verdienste um das kulturelle, soziale und gesellschaftliche Leben der Stadt Stockerau und seiner Verdienste um die internationale Zusammenarbeit der Städte Andernach und Stockerau wird Herrn Heinz Hörnig, Vorsitzender des deutsch-österreichischen Freundschaftskreises in Andernach der Ehrenring der Stadtgemeinde Stockerau verliehen.

Völk: Ich ersuche um Wortmeldungen, falls welche gibt. Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit und bedanke mich herzlich.

| Abstimmungsergebnis: | Einstimmig beschlossen | | | |
|-----------------------------|-------------------------------|--------------|-----------------|---|
| | Prostimmen | Gegenstimmen | Stimmenthaltung | |
| ÖVP | 16 | 0 | ÖVP | 0 |
| SPÖ | 8 | 0 | SPÖ | 0 |
| GRÜNE | 5 | 0 | GRÜNE | 0 |
| FPÖ | 1 | 0 | FPÖ | 0 |

5. Verleihung „Dank und Anerkennung“ – GR a.D. Kamath-Petters

Völk: Weiteres habe ich hier einen Antrag zur Verleihung der Medaille „Dank und Anerkennung“ an Gemeinderätin a.D. Mag. Radha Kamath-Petters.

Aufgrund der Tätigkeit im Gemeinderat und der nachweislich erworbenen Verdienste um die Stadt Stockerau soll Frau Mag. Radha Kamath-Petters Gemeinderätin a.D. „Dank und Anerkennung“ ausgesprochen werden. Sie war Gemeinderätin vom 01.09.2016 bis 11.12.2018 und dann von 29.04.2019 bis 27.03.2023.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Frau Mag. Radha Kamath-Petters als Gemeinderätin a.D. die Medaille „Dank und Anerkennung“ zu verleihen.

Pfeiler: Schönen guten Abend auch von meiner Seite. Radah Kamath-Petters, unsere Kollegin, war eine starke grüne Stimme und sogar eine starke, weibliche Stimme in diesem Gemeinderat.

Ihr Arbeitsstil war geprägt von Sachlichkeit, Konstruktivität, sie war respektvoll, kollegial und verbindend. All diese Eigenschaften haben Sie zu einer sehr wertvollen Kollegin hier im

Gemeinderat gebracht. Ihre Schwerpunkte und ihre Anliegen waren im Bildungsbereich, die Vernetzung im Kulturbereich und im Schulbereich. Ihr Herzensanliegen waren ja auch die Jugend- und die Schulsozialarbeit, wo sie wichtige Beiträge geleistet hat, dass es in den Stockerau Schulen, Sozialarbeit gibt. Sie war aber auch tätig im Baubeirat für die Volksschule und hat dort auch viele Impulse bei der konkreten Umsetzung des Projektes beigetragen. Ich darf Sie einladen, diesen Antrag auf Verleihung von Aussprechen von „Dank und Anerkennung“ zu unterstützen. Dankeschön.

Falb: Ja, ich wollte mit dem Antrag der Wortmeldung des Herrn Stadtrates Pfeiler anschließen. Wir werden selbstverständlich uns dem Antrag anschließen. Wir werden selbstverständlich zustimmen. Ich wollte nur mich bei der Radha Kamath-Petters sehr herzlich bedanken für ihre positive und konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen des Personalausschusses, wo es immer eine sehr angenehme Diskussion und Zusammenarbeit gegeben hat.

Ich möchte auch sagen, dass sie immer sehr von der persönlichen Seite her eine sehr angenehme Begegnung mit dir ist auch meistens sehr lustig und ehrlicherweise auch eine sehr, sehr angenehme Kollegin, wo ich wirklich bitte diesen Antrag zuzustimmen,

Völk: Ja, ich möchte mich auch noch anschließen. Wir haben schon darüber gesprochen, die Radha der war wirklich eine sehr herzswarme Person, die immer in ihrer ganzen Persönlichkeit teilgenommen hat und sie war wirklich eine Verbinderin und in diesem Gemeinderat dann eine, die immer Konsens gesucht hat Gut, dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche Sie um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit und bedanke mich herzlich.

| Abstimmungsergebnis: | | Einstimmig beschlossen | | | |
|-----------------------------|----|-------------------------------|---|-----------------|---|
| Prostimmen | | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung | |
| ÖVP | 16 | ÖVP | 0 | ÖVP | 0 |
| SPÖ | 8 | SPÖ | 0 | SPÖ | 0 |
| GRÜNE | 5 | GRÜNE | 0 | GRÜNE | 0 |
| FPÖ | 1 | FPÖ | 0 | FPÖ | 0 |

6. Darlehensaufnahme Abfallbehandlung

Dummer: Schönen guten Abend. Wir haben einige Anträge heute, unter anderem die Darlehensaufnahmen. Wir haben im Budget drei Darlehensaufnahmen gehabt und Ausschreibung gemacht. Wir haben bei zehn Banken angefragt und von acht ein Angebot bekommen. Wir haben drei Projekte, die ich jetzt zur Beschlussfassung vorbringen möchte. Wir haben im Ausschuss diskutiert und mehrheitlich befunden, dass die Vergabe als variable Verzinsung aufgrund der aktuellen Marktlage zielführender ist. Wir haben Angebote für variable und für fixe Darlehen bekommen. Die fixen Darlehen sind sogar eine Spur niedriger, was ein Indiz dafür ist, dass der Markt mit sinkenden Zinsen rechnet. Wann das passiert, weiß man natürlich nie. Aber die Anzeichen gehen in diese Richtung, auch wenn man es am Markt noch nicht ganz sieht.

Die erste Darlehensaufnahme ist für die Abfallbehandlung. Da geht es um drei Fahrzeuge, wie Müllfahrzeug, ein Hackenwagen und einen Allrad-LKW mit Kranaufbau. Wir haben da auch hineingenommen, die Umstellung des Papiersammelsystem von Bring auf Hol. Das heißt, dass es beim Papier in Zukunft auch Hausabholung geben wird.

In Summe ist das eine Darlehenssumme von 1,1 Mio. Euro. Die Laufzeit wäre zehn Jahre, also fristenkonform. Dann sind diese Fahrzeuge abgeschrieben. Das günstigste Angebot in dem Fall ist von der UniCredit Bank Austria gekommen, mit einem Aufschlag auf von 0,37%. Es wird vorgeschlagen, das Darlehen in Höhe von € 1.100.000,- bei der UniCredit Bank Austria mit einem Aufschlag auf den 6-Monats-EURIBOR von 0,37% auf die gesamte Laufzeit von 25 Jahren in Anspruch zu nehmen. Der 6-Monats-EURIBOR betrug am 14.04.2023 3,51 %.

Antrag

Und ich stelle daher den Antrag. Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Darlehensaufnahme in Höhe von € 1,1 Mio. zur Finanzierung des Projektes 1000013 – Abfallbehandlung – bei der Unicredit Bank Austria mit einem Aufschlag auf den 6-Monats-EURIBOR von 0,37% auf die gesamte Laufzeit von 10 Jahren wird vom Gemeinderat genehmigt.

Gemäß § 90 der NÖ Gemeindeordnung liegt der Betrag unter der Wertgrenze und ist daher nicht genehmigungspflichtig. Die Bedeckung des Schuldendienstes erfolgt unter Berücksichtigung kostendeckender Gebühren.

Völk! Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit.

| Abstimmungsergebnis: | Einstimmig beschlossen | | | |
|-----------------------------|-------------------------------|--|-----------------|--|
| Prostimmen | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung | |
| ÖVP 16 | ÖVP 0 | | ÖVP 0 | |
| SPÖ 8 | SPÖ 0 | | SPÖ 0 | |
| GRÜNE 5 | GRÜNE 0 | | GRÜNE 0 | |
| FPÖ 1 | FPÖ 0 | | FPÖ 0 | |

7. Darlehensaufnahme - Abwasserbeseitigung

Dummer. Danke. Die zweite Darlehensaufnahme betrifft die Abwasserbeseitigungsanlage, auch Investitionen im Bereich der Kläranlage. In Summe geht es hier um 1,2 Mio. Euro für eine Laufzeit von 25 Jahren, also auch das fristenkonform angepasst an die Nutzungsdauer der Investitionen. In dem Fall war das günstigste Angebot oder eines der günstigsten Angebote, weil da sind wir über das sind ex aequo gelegen bei der Austria Anadi Bank und bei der Kommunalkredit. Darum würden wir auch vorschlagen, dass wir eines der beiden nächstfolgenden Darlehen bei der Austria Anadi Bank und das andere bei der Kommunalkredit aufnehmen.

Das Projekt Abwasserbeseitigungsanlage mit über 1,2 Mio. Euro und einer Laufzeit von 25 Jahren soll bei der Austrian Anadi Bank finanziert werden. Der Aufschlag ist in dem Fall, wie gesagt, 0,45% auf den 6-Monats-EURIBOR und die Rückzahlung wird dann sein 76.756 Euro halbjährlich, zuzüglich der Zinsen. Wir beginnen, das möchte ich nur ergänzen, am 15.02.2024 mit der Rückzahlung. Bis dorthin werden wir das Darlehen zur Gänze ausgenutzt haben und beginnen dann mit der Tilgung.

Antrag

Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Darlehensaufnahme in Höhe von € 1,200.000 zur Finanzierung des Projektes 1000012 – Abwasserbeseitigungsanlage – bei der Austrian Anadi Bank mit einem Aufschlag auf den 6-Monats-EURIBOR von 0,45% auf die gesamte Laufzeit von 25 Jahren wird vom Gemeinderat genehmigt.

Gemäß § 90 der NÖ Gemeindeordnung liegt der Betrag unter der Wertgrenze und ist daher nicht genehmigungspflichtig. Die Bedeckung des Schuldendienstes erfolgt unter Berücksichtigung kostendeckender Gebühren.

Völk! Ich ersuche um Abstimmung, wenn es keine Wortmeldungen gibt und um ein Zeichen der Zustimmung. Einstimmigkeit, danke.

| Abstimmungsergebnis: | Einstimmig beschlossen | | | |
|-----------------------------|-------------------------------|--|-----------------|--|
| Prostimmen | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung | |
| ÖVP 16 | ÖVP 0 | | ÖVP 0 | |
| SPÖ 8 | SPÖ 0 | | SPÖ 0 | |

GRÜNE 5
FPÖ 1

GRÜNE 0
FPÖ 0

GRÜNE 0
FPÖ 0

8. Darlehensaufnahme – Wasserversorgungsanlage

Dummer: Nummer drei ist für die Wasserversorgungsanlage, da brauchen wir 1.030.000 Euro, um unsere Vorhaben für heuer zu finanzieren. Die Laufzeit ist auch hier 25 Jahre gebunden an den 6-Monats-EURIBOR. Die jährliche Annuität beträgt ca. 65.883,- und der Aufschlag ist wieder die 0,45 % und in dem Fall stehe ich den Antrag, dass wir das an die Kommunalkredit vergeben.

Antrag

Also ich stelle daher den Antrag. Der GR wolle beschließen:

Die Darlehensaufnahme in Höhe von € 1.030.000 zur Finanzierung des Projektes 1000011 – Wasserversorgungsanlage – bei der Kommunalkredit Austria AG mit einem Aufschlag auf den 6-Monats-EURIBOR von 0,45% auf die gesamte Laufzeit von 25 Jahren wird vom Gemeinderat genehmigt.

Gemäß § 90 der NÖ Gemeindeordnung liegt der Betrag unter der Wertgrenze und ist daher nicht genehmigungspflichtig. Die Bedeckung des Schuldendienstes erfolgt unter Berücksichtigung kostendeckender Gebühren.

Pfeiler: Nur kurz zur Klarifizierung, das ist es jetzt abweichend vom Amtsbericht. In den übermittelten Amtsberichten waren beide Darlehensaufnahmen vorgeschlagen für die Austrian Anadi Bank.

Dummer: Ja. Das haben wir abgeändert, also ich habe das noch im Detail durchlesen, ob es da Unterschiede gibt in den Darlehensverträgen, aber in Wahrheit ist das gleich zu sehen und es wäre jetzt unfair eine Bank zu benachteiligen, wenn die Konditionen die gleichen sind. Darum haben wir die salomonische Lösung gewählt. In der letzten Konsequenz, wir geben jeder Bank ein Darlehen.

Pfeiler: Dankeschön.

Völk: Dann kommen wir zur Abstimmung. Und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit, danke.

| Abstimmungsergebnis: | | Einstimmig beschlossen | | | |
|-----------------------------|----|-------------------------------|---|-----------------|---|
| Prostimmen | | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung | |
| ÖVP | 16 | ÖVP | 0 | ÖVP | 0 |
| SPÖ | 8 | SPÖ | 0 | SPÖ | 0 |
| GRÜNE | 5 | GRÜNE | 0 | GRÜNE | 0 |
| FPÖ | 1 | FPÖ | 0 | FPÖ | 0 |

Pfeiler: verlässt die Sitzung 19:23 Uhr

9. Kündigung Vertriebsvertrag mit ÖBB-Personenverkehr AG – Ticketverkauf

Dummer: Da geht es um die Kündigung des Vertriebsvertrag mit der ÖBB-Personenverkehr AG. Wir machen das seit einiger Zeit, den Ticket Verkauf, also in Wahrheit seit März 2020. Damals hat die Post den Vertrag gekündigt und wir haben das übernommen. Wir haben das jetzt bisher 2,5 Jahre gemacht, haben aber festgestellt, dass das sehr aufwendig ist. Das

System hat viele Fehler und benötigt viel Nacharbeit, auch in der Verwaltung mit der Abrechnung und da ist also der Aufwand im Verhältnis zum Nutzen in keiner Weise vertretbar in Richtung Wirtschaftlichkeit. Daher wollen wir den Vertrag mit 31.12.2023 und einer Kündigungsfrist von sechs Monaten kündigen bei der ÖBB. Wie gesagt, der Umsatz war da im Schnitt 14.000 Euro pro Jahr. Wir würden das heuer noch machen und dann den Ticketverkauf beenden.

Antrag

Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der zwischen der ÖBB-Personenverkehr AG und der Stadtgemeinde Stockerau abgeschlossene Vertriebsvertrag betreffend Ticketverkauf wird unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten per 31.12.2023 gekündigt.

Kubat: Sehr geehrter Herr STR Dummer, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Wir Grünen haben uns da ein bisschen den Kopf zerbrochen, wie sie uns ja kennen. Das erste war, wir haben einmal eingegeben auf der Homepage der Stadtgemeinde Stockerau „ÖBB“. Wir wollten wissen, wie wird das beworben, dieser Ticketverkauf, der im Bürgerservice seitens der ÖBB möglich ist. Wir wurden nicht fündig. Auf der Homepage der Stadtgemeinde Stockerau hat man nichts gefunden. Dann haben wir gesagt, na gut, dann gehen wir über Google und schreiben Stockerau ÖBB etc., dass wir vielleicht so hineinkommen. Es wurde auch da nichts gefunden. Das heißt einmal, die Bewerbung ist sehr, sehr schlecht, dass man beim Bürgerservice ein Ticket für die ÖBB erhält. Das andere ist im Amtsbericht sind Zahlen drinnen von 2020, 2021, 2022. Diese Zahlen sind natürlich richtig, aber sie sind nicht vergleichbar. Weil genau da waren ja die Coronajahre. Wer reiste da schon in Wirklichkeit groß? Man musste zu Hause bleiben, daher kann man die Zahlen nicht wirklich rannehmen für eine Vergleichbarkeit. Die Rendite, die sie da ansprachen, die ist eigentlich branchenüblich, die liegt bei etwa 8%.

Die Statistik Austria hat auch bestätigt, das Zufahren immer mehr und mehr kommt. Und es wäre auch schön, dass dann seitens der Stadtgemeinde Stockerau die Unterstützung der öffentlichen Verkehrsmittel gefördert wird. Eben auch, dass man im Bürgerservice Tickets von der ÖBB erhält. Ein weiterer Gedanke ist aber auch, jetzt wurden schon die Öffnungszeiten des Bürgerservices zurückgefahren, jetzt entfällt noch eine weitere Serviceleistung beim Bürgerservice. Somit könnte man schon fast sagen, das Bürgerservice entwickelt sich wieder zu einem Bürgeramt.

Daher ein Vorschlag zur Güte. Vielleicht können wir dieses Jahr das noch machen, ohne Kündigung. Schauen uns das an, wie es läuft, bewerben es stark in der Stadtzeitung, auf der Homepage der Stadtgemeinde Stockerau und dann sehen wir, was die Zahlen uns sagen und bringen und dann in einem Jahr kommt man wieder zusammen.

Völkl: Herr GR Kubat, da muss ich dich jetzt darauf hinweisen. Das, was du da alles ins Treffen führst, das ist da nicht wirklich relevant. Die ÖBB hat einen großen Bahnhof in Stockerau, der mehr oder weniger im Geisterhaus ist und die ÖBB hat das abgewälzt, hat dort kein Personal mehr hinsetzen wollen, weil es der ÖBB unwirtschaftlich um zu teuer ist. Dann hatte die Post den Verkauf, weil es sollte für den Bürger ein persönlicher Verkauf da sein. Die Post ist ausgestiegen, die wollten es nicht weiter machen. So haben wir damals als Stadtgemeinde gesagt, gut für die Bürger der Stadt machen wir das im Bürgerservice. Unsere Mitarbeiter sind alle geschult worden. Das ist über einen Zeitraum gegangen, aber wir sind ein Bürgerservice und wir sind kein Ticketschalter. Da kommen schon Menschen, die sehr aufwendige Wünsche haben von A nach B und dann vielleicht doch mit einem anderen Zug und dann vielleicht mit dem Rad. Also das ist sehr detailliertes Wissen, dass meiner Meinung nach auch nur die ÖBB und ihre Mitarbeiter haben können. Des Weiteren ist es dann die Abrechnung bei uns, die sehr kompliziert ist, weil sie nie passt. Also, es haben sich alle hier redlichst wirklich bemüht, aber es überfordert uns in der Zeit mit den anderen Aufgaben. Es ist nicht kostendeckend. Aber das ist der Hauptpunkt, die Beratungsleistung ist sehr aufwändig, die wir hier übernehmen sollten und die Gemeinde wäre hier wirklich, das war ein Gefälligkeitsdienst der ÖBB gegenüber, da ist nicht darum gegangen, dass wir da viel verdienen oder sonst was. Das war ein Gefälligkeitsdienst, dass wir das tun. Und darum kam der Wunsch aus der Abteilung, ob wir

diesen Ticketverkauf beenden. Vielleicht findet sich ein anderer, der das machen möchte und vielleicht besetzt ja wieder die ÖBB den Schalter wieder. Danke.

Falb: Ich wollte nur einen Gedanken aufgreifen. Ich glaube, die Bewerbung des Verkaufs der ÖBB-Tickets ist an und für sich Aufgabe der ÖBB. Also das auf den Gedanken, würde ich Wert legen. Es geht um Dienstleistungen der ÖBB. Wir haben uns da zur Verfügung gestellt, aber dass man mit der Bahn fahren soll, ist überhaupt keine Frage, aber den Ticketverkauf müsste schon die ÖBB selbst bewerben macht. Danke.

Völk: Gut. Eine Wortmeldung, Herr GR Pollak, bitte.

Pollak: Ja, vielen Dank. Der Grund, warum wir das damals glaube ich übernommen haben war, weil es die Bahn einfach nicht mehr gemacht hat, was ich nicht verstehe. Ich sehe auch ein, dass wir das nicht gerne machen. Aber ich habe ein bisschen Sorge, dass die Leute, die mit dem Internet nicht so gut sind und auch mit dem Automaten am Bahnhof nicht so gut sind, dann ein bisschen übrig bleiben könnten. Gibt es da irgendeine Alternative, wenn wir das jetzt auch nicht mehr machen?

Völk: Lieber Herr GR, ich glaube das ist die Aufgabe, das Problem der ÖBB. Wir als Gemeinde haben das jetzt eine Zeit lang getan und vielleicht findet sich eine andere Bank oder sie finden sich einen anderen Partner.

Dummer: Es gibt ja viele Dienstleistungsunternehmen, die auf die Idee kommen könnte, die Gemeidne könnt die Beratung für die EVN machen, die Gemeinde könnte Wurstsemmeln verkaufen, alles Mögliche tun. Also wieso nur für die ÖBB Tickets verkaufen? Wieso nicht auch für die Stadthalle? Irgendwo hat das Grenzen und es gibt ja auch mittlerweile doch eine fortschreitende Digitalisierung. Ich fahre auch gelegentlich mit der Bahn, bin auch schon älteres Semester und schaffe es trotzdem, dass ich mir ein Tickets über das Internet oder den Automaten besorge. Und es ist wirklich die Aufgabe der ÖBB, ihre eigenen Dienstleistungen zu bewerben und letztendlich auch ihre Fahrgäste zufrieden zu stellen und heute entsprechend zu beraten. Das ist sehr aufwendig und er fordert das Spezial-Know-how. Zu uns kommen ja nicht die einfachen Sachen. Nicht der, der von Stockerau nach Wien fahren will, das ist nicht das Thema, sondern der, der von Stockerau nach Triest fahren will und einen Zwischenstopp in Innsbruck machen will und dort den Hund von der Freundin mitnimmt. Und diese Dinge, sind halt einfach zu viel für uns.

Franta: Aus der Praxis kann ich sagen, Ticketverkäufer ist ein mehrjähriger Lehrjob, den man bei der ÖBB erwirbt. Das erfordert ganz besonders fachliche Kompetenz. Ein Schüler von mir hat das gelernt und macht das jetzt. Die sind hoch bezahlt und verdienen jenseits von 2.200 Euro netto nach der Lehre und das ist klar, dass wir mit unseren Angestellten einfach dieses fachliche Know-How nicht bieten können.

Kubat: Also den angeführten Kritikpunkt, so offen und ehrlich muss man sein von der Frau Bürgermeisterin, dass mit dem Schalter, das stimmt, das können wir nicht weg reden. Fakt ist, aber es geht ja jetzt gar nicht um das, sondern die Gemeinde hat sich damals darauf eingelassen, hat einen Konsens gefunden mit der ÖBB und gesagt, ja wir machen das, das ist der Vertrag. Also es geht darum, machen wir den Vertrag weiter und nicht um Schalter, ja oder nein. Und der Punkt vom Herrn GR Pollak ist eben auch ein sehr schlagender, Was ist mit den älteren Personen etc.? Deswegen würde ich schon meinen, machen wir das noch dieses Jahr, das ist ja kein Coronajahr mehr. Schauen wir uns die neuen Zahlen an und dann können wir neu evaluieren. Der eine Punkt vom Herrn Vizebürgermeister Falb, dem verstehe ich auch. Natürlich muss die ÖBB das selber bewerben, aber wenn die Stadtgemeinde Stockerau eine Dienstleistung anbietet, dann wäre es aber auch sehr sinnvoll, dass die Stadtgemeinde das auch auf ihrer Homepage sichtbar macht, damit die Bürger und Bürgerinnen das auch wissen. Dankeschön.

Völk: Herr GR Kubat, wir sind eingesprungen, weil die ÖBB hier ihre Schaltertätigkeit nicht mehr wahrhaben kann, möchte, was auch immer. Wir haben uns bereit erklärt, ja, wir machen das und wenn man was macht, dann muss man das auch evaluieren. Und da sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter natürlich die ersten mit denen wir sprechen und in diesem Gespräch ist dann ein Feedback gekommen. Für uns ist das ein sehr, sehr großer Aufwand und ich habe jetzt die Frau Mag. Kuzmich gefragt, weil wir wissen natürlich auch, wie viele Kunden zu uns kommen und wie die Altersgruppe ist und die Seniorinnen und Senioren sind es nicht. Es sind die Menschen, die eine größere Urlaubs-, Freizeit-, Vergnügungsreise irgendwie über die Kontinente oder in Österreich machen.

Falb: Ich wolle trotzdem noch mal diese Bewerbungsgeschichte aufgreifen. Ich sehe da einen kleinen Fehler. Wenn es darum geht, wie der Kollege Pollak richtigerweise ins Treffen führt, dass für eine Zielgruppe, die mit der digitalen Welt nicht vertraut ist, hier ein Angebot sein soll, das kann ich verstehen. Warum man aber genau für diese Zielgruppe die Dienstleistung digital, nämlich auf der Homepage bewerben soll, das ist ein gewisser Widerspruch. Also da werden dann traditionelle Formen der Bewerbung, wie Plakat, Fernsehwerbung, Radio, Werbung möglicherweise sinnvoller. Danke.

Dummer: Nur zur Klarstellung, wir machen es heuer noch, der Vertrag endet am 31.12.2023, wenn wir jetzt die Kündigung aussprechen. Das Service wird heuer noch bis zum Ende des Jahres von uns angeboten und durchgeführt.

Völk: Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Zustimmung der Fraktion der ÖVP der Fraktion der SPÖ der Fraktion der FPÖ Gegenstimmen: Fraktion der Grünen. Dankeschön.

| Abstimmungsergebnis: | | Mehrheitlich beschlossen | | | |
|-----------------------------|----|---------------------------------|---|-----------------|---|
| Prostimmen | | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung | |
| ÖVP | 16 | ÖVP | 0 | ÖVP | 0 |
| SPÖ | 8 | SPÖ | 0 | SPÖ | 0 |
| GRÜNE | 0 | GRÜNE | 4 | GRÜNE | 0 |
| FPÖ | 1 | FPÖ | 0 | FPÖ | 0 |

Moser nimmt an der Sitzung teil 19:37 Uhr

Pfeiler nimmt an der Sitzung wieder teil 19:39 Uhr

10. Anpassung - Brennholzpreise

Dummer: Wir haben auch evaluiert die Brennholz Preise. Das haben wir im Finanzausschuss kurz besprochen. Da ist es so, dass eben die Preise, die bei uns in der Region angeboten werden, deutlich über dem liegt, was wir derzeit verlangen. Also wir haben derzeit einen Preis von 100 Euro pro Raummeter gespalten, aber nicht geschnitten und nicht zugestellt. Dieser Preis soll von 100 auf 130 Euro angehoben werden. Die vergleichbaren Preise liegen deutlich darüber, also bei 150 Euro ist der günstigste nach unserer Erhöhung, also wir würden von 100 auf 130 erhöhen. Der zweit billigste liegt dann bei 150 Euro. Das geht rauf bis eben deutlich nach oben. Gespalten und geschnitten kostet es dann bei uns in Zukunft 150 Euro, also fürs Spalten würden wir keine Erhöhung verlangen, genauso für das Zustellen, das bleibt dann auch bei 20 Euro unverändert.

Das heißt, ein Raummeter hartes Holz gespalten, geschnitten und zugestellt, kostet in Zukunft 170 Euro. Wenn man es nur gespaltet abholt bei uns, dann 130 Euro. Um da eben auch Marktgericht zu sein, was wir nach wie vor beibehalten würden ist natürlich, dass Personen, die den Heizkostenzuschuss beziehen das Holz bei uns sehr stark begünstigt, um 80 Euro zugestellt und geschnitten beziehen können. Wir verkaufen ausschließlich Hartholz. Der Großteil der Abnehmer sind eigentlich eher vermögende Personen, also die sich einen Kamin, Kachelofen oder sonst was leisten können. Aber es gibt auch natürlich welche, die das wirklich brauchen und da haben wir eben einen Sozialtarif, wie bisher auch schon.

Antrag

Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Brennholz Preise werden laut Preisliste, also mit 130 Euro gespalten pro Raummeter, 150 Euro gespalten und geschnitten pro Raummeter, 70 Euro gespalten geschnitten und zugestellt pro Raummeter mit Wirkung vom 10.05.2023 neu festgesetzt.

Kubat: Herr STR Dummer, vielen Dank wieder für Ihre Ausführungen. Wir werden da bei der Erhöhung nicht mitgehen als Gemeinderatsfraktion der GRÜNEN. Das erste einmal, was uns nicht so gefällt im Amtsbericht ist, da steht „um auf fallende Preise rasch reagieren zu können, wird vorgeschlagen, dass diese im Bedarfsfall, in Absprache mit Frau Bürgermeisterin Völkl und Stadtamtsdirektorin Pinggera zu senken, beziehungsweise den Preisniveau des Stockerauer Umfeldes anzupassen ist.“ Das bedeutet eine Autonomie und eigentlich ist die Festlegung der Preise aus unserer Sicht eine Kernaufgabe des Gemeinderates, weshalb wir auch schon beim Amtsbericht ein gewisses Problem empfinden. Weiteres fehlt beim Amtsbericht auch, es gibt ja eine maximale Abgabemenge pro Abnehmer und auch nur für den ein Eigenverbrauch. Das steht da gar nicht drinnen. Und jetzt ist auch wieder eine weitere Erhöhung in kürzerer Zeit. Wir haben ja schon die Holzpreise erhöht, vor einem halben Jahr, dreiviertel Jahr etwa und das ist jetzt die nächste Erhöhung. Heute schaue ich da auf eure FAT und da steht WIFO Chef warnt „Gefahr durch Inflation nicht unterstützen“. Ich glaube nicht, dass Gabriel Felbermayr ein GRÜNER ist, aber der hat gesagt, es ist sehr sinnvoll, wenn die öffentliche Hand einen Gebührenstopp macht aufgrund dieser Inflation. Wegen all dieser Gründen werden wir dem Antrag nicht zustimmen. Danke.

Dummer: Der Hinweis ist richtig, den streichen wir, also diesen Satz. Der ist im Antrag auch nicht enthalten. Aber ich streiche diesen Satz auch im Amtsbericht um auf fallende Preise rasch reagieren zu können, wird vorgeschlagen. Diese diesen Satz streiche ich aus dem Amt. Bericht und der Antrag, da ist es auch nicht enthalten im Antrag würde unverändert bleiben.

Antrag

Das heißt, es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Brennholzpreise werden laut abgebildeter Preisliste eben, wie vorhin erwähnt, neu festgelegt. Wir können dann jeweils im Gemeinderat einen Beschluss fassen, wenn sich das wieder ändert, das Markumfeld.

Falb: Was war der zweite Einwand?

Kubat: Der zweite weit Einwand war, wir haben ja immer gesagt, dass es eigentlich immer eine maximale Abgabemenge pro Abnehmer, Abnehmerin gibt und das auch nur für den Eigenverbrauch. Das steht auch nicht drinnen. Also da kann man nicht, ich weiß nicht 100 Laufmeter kaufen, wenn ich das so salopp reinwerfen darf, sondern gibt es eine maximale Abgabemenge pro Abnehmer, Abnehmerin und auch nur für den Eigenverbrauch.

Dummer: Das wollen wir auch nicht ändern. Das bleibt so, wie es ist.

Kubat: Aber das steht nirgends wo drinnen.

Völkl: Wir können das gerne aufnehmen, aber das wird auch praktiziert und es ist auch so.

Kubat: Ich hätte noch eine Frage, die fällt mir jetzt spontan ein. Sorry. Das Holz wird ja reserviert. Also wenn ein Abnehmer beispielsweise anruft bei der Stadtgemeinde und sagt, ich brauche so und so viel Holz im Jänner, aber er bekommt es ausgeliefert erst im Juni, dann zahlt dieser Abnehmer schon den höheren Preis, wo wahrscheinlich der Abnehmer, als er es bestellt hat, erfahren hat, wie der jetzige Preis ist. Sprich, der wird dann überrascht sein, wenn er eine Erhöhung bekommt.

Koll: Das ist bei der Tankstelle auch so.

Kubat: Bei der Tankstelle ist das nicht so. Entweder habe ich dann einen Vertrag zu einem Fixpreis oder wenn ich zur Tankstelle hinfahre, sehe ich vorher die Preise und kann sagen, ja oder nein. Aber da reserviere ich, kriegt den Preis mit und dann auf einmal sagt einer „Sorry, wurde erhöht“.

Völk: Du zahlst es ja dann erst, wenn du es abholst.

Falb: Also jetzt rein politisch ehe ich es extrem spannend, dass man für eine CO₂-Bepreisung eintritt bei anderen Energieträgern, aber nicht bei Holz. Wo wir noch dazu Feinstaubthemen und und und haben. Für mich ist es politisch nicht nachvollziehbar, ganz einfach.

Kubat: Der Unterschied ist ja, wenn ein Baum wächst, entzieht er das CO₂ der Umwelt, was schon vorhanden ist. Das Problem ist ja eigentlich bei der gesamten Klimakrise, dass das CO₂, was unterm Erdboden ist, als Erdöl und so abgelagert wird und freigesetzt wird. Das ist ein ganz großer Unterschied,

Falb: Das verstehe ich schon. Aber das heißt, sie vertreten tatsächlich die Tatsache, dass wir mehr Holz verbrennen sollen?

A. Rester: Ich habe eine Frage. Ich kenne mich nicht so genau aus, aber ist es eine Reservierung oder eine Bestellung? Bei einer Reservierung habe ich ein Pech gehabt beim Preis. Ist es eine Bestellung mit einer Preisfixierung, dann muss er den Preis kriegen.

Koll: Das gilt aber auch, wenn wir jetzt erhöhen.

A. Rester: Genau, aber wenn es nur eine Reservierung ist, ist es keine Preisfixierung und damit muss man den neuen Preis zahlen.

Völk: Der Philipp Lampl, Leiter vom Wirtschaftshof, ist mittlerweile hier im Gemeinderat. Und Philipp, wenn es für dich in Ordnung ist, magst du was sagen, dazu?

Lampl: Dankeschön, erstmalig auch ein Wort hier im Gemeinderat. Bei der Holz Preiserhöhung ist es eine Reservierung, das ist der erste Punkt. Wir hatten ja auch immer in der Vergangenheit eine Liste von ungefähr 30 bis 40 Leuten, die haben jedes Jahr reserviert und es wurden keine die Holzpreise zugesagt. Gerade in der dynamischen Phase, die wir jetzt haben. Also ist keinem bei der Reservierung gesagt worden, „der Preis gilt“. Darum wurde im Amtsbericht aufgenommen, weil auf dem Markt die Preise so stark schwanken und man sieht ja auch, wie das jetzt anzieht wieder. Jetzt dann wahrscheinlich stagnieren wird und dann vielleicht auch runterfallen wird, hoffentlich. Darum wurde auch im Amtsbericht reingefügt, dass die Verwaltung die Möglichkeit hat, schnell zu reagieren ohne wieder das Plenum des Gemeinderates abzuwarten. Das verlangsamt uns einfach in der Möglichkeit das zu senken. Wir haben absichtlich reingeschrieben, nicht „erhöhen“ oder „freigestalten“ den Preis. Also die Verwaltung will den Preis jetzt nicht frei gestalten, sondern für uns möchten wir die Möglichkeit einräumen, dass wir flexibel auf das Umfeld reagieren können, einfach senken können, wenn es wirklich notwendig ist. Wenn ich jetzt zum Beispiel sage, in einem Monat die Holzpreise soweit runterfallen und wir massiv hohe Preise haben, dann kann das absolut keiner nachvollziehen und da hätte man einfach gesagt wir gehen mit und über den kurzen Dienstweg über Bürgermeisterin und Stadtamtsdirektorin das zu vertreten, vielleicht auch Information an den Gemeinderat auszuschicken, aber nicht jedes Mal die lange Vorarbeit der Verwaltung oder beziehungsweise Politik abzuwarten. Weil es einfach aus unserer Sicht ein bisschen aus der Bewegung besser ist.

Völk: Dankeschön für die Beantwortung und ist das für die Fraktion der GRÜNEN jetzt ausreichend beantwortet?

Kubat: Vielen Dank für die Ausführungen. Fakt ist, wenn es für die Stadtgemeinde eine Reservierung ist, bedeutet das noch lange nicht, dass für die Person, die das dann reserviert auch nur eine Reservierung ist. Also da wird es sicherlich eine böse Überraschung geben und das andere ist zum Amtsbericht, der eine Satz, der kommt ja eh raus, aber das stand zu senken beziehungsweise anzupassen und anpassen kann ich in beide Richtungen runter wie rauf. Danke, wir werden uns enthalten.

Völkl: Es ist dieser Satz herausgestrichen. Und jetzt erlauben sie mir noch einen Satz. Also ich sage jetzt einmal, ich traue den Menschen dieser Stadt, die jahrelang Holzkunden sind, Holz von uns beziehen, dass sie intellektmässig, geistesmässig in der Lage sind zu sehen, dass das eine Reservierung ist und was das bedeutet, weil es über die Jahre auch immer so war. Wir kommen zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Wir geben diesen Satz heraus, der wurde gestrichen. Und dies ist der geänderte Amtsbericht. Ich sehe hier Zustimmung von der Fraktion der ÖVP und der SPÖ. Enthaltung: Fraktion der Grünen und der FPÖ.

| Abstimmungsergebnis: | | Mehrheitlich beschlossen | | | |
|-----------------------------|----|---------------------------------|---|-----------------|---|
| Prostimmen | | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung | |
| ÖVP | 17 | ÖVP | 0 | ÖVP | 0 |
| SPÖ | 8 | SPÖ | 0 | SPÖ | 0 |
| GRÜNE | 0 | GRÜNE | 0 | GRÜNE | 5 |
| FPÖ | 0 | FPÖ | 0 | FPÖ | 1 |

11. Ankauf – Feuerwehrauto Unterzögersdorf

Dummer: Wir haben eine Anschaffung für die Freiwillige Feuerwehr in Unterzögersdorf, ein Fahrzeug. Wir haben dort ein Mannschaftsfahrzeug erstzugelassen am 28.06.1983. Es hat zwar einen sehr geringen Kilometerstand und trotz regelmäßiger Wartung und Pflege gibt es schon erhebliche Sicherheitsmängel. Das Fahrzeug ist einfach nicht mehr zuverlässig. Das Fahrzeug wird für lokale Einsätze, Schulungs- und Besorgungsfahrten verwendet. Die Ladefläche dient der Aufrüstung mit dem Aggregat und einer Hochleistungspumpe sowie einer Leiter für lokale Einsätze.

Das Kommando der Freiwilligen Feuerwehr Unterzögersdorf hat mehrere Angebote für eine Ersatzbeschaffung eingeholt und geprüft, wobei der VW Crafter 35 Doppelkabine mit Pritsche L3 und sieben Sitzplätzen von der Firma Spreng laut Beilage zum Angebotspreis von € 44.399 brutto als zweckmäßigstes und wirtschaftliches Fahrzeug hervorgegangen ist.

Aktuell übernimmt der Bund für Feuerwehrfahrzeuge die Umsatzsteuer in Höhe von € 7.400 und das Land leistet einen Zuschuss für den Richtlinien entsprechende Fahrzeuge in Höhe von voraussichtlich € 12.333, sodass für uns ein Kostenanteil von € 24.666 verbleibt.

Das Vorhaben ist im Voranschlag 2023 nicht enthalten und soll abhängig von der Lieferzeit entweder in den ersten Nachtragsvoranschlag 2023 oder in den Voranschlag 2024 aufgenommen werden. Die Bedeckung erfolgt aus dem vorhandenen Überschuss beim Vorhaben Freiwillige Feuerwehren.

Antrag

Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Beschaffung eines Mannschaftsfahrzeuges VW Crafter 35 Doppelkabine mit Pritsche L3 mit 7 Sitzplätzen von der Stockerauer Firma Spreng zum Angebotspreis von 44.399 € brutto für die FF Unterzögersdorf wird genehmigt.

Völkl: Ich ersuche um Abstimmung, wenn es keine, eine Wortmeldung bitte.

Ruzicka: Danke, Frau Bürgermeisterin, als Ortsvorsteher möchte ich mich recht herzlich bedanken für die Zustimmung. Die Feuerwehr Unterzögersdorf hat in den letzten paar Jahren eigentlich immer auf das Fahrzeug geschaut. Mich freut es, dass eine Stockerauer Firma den Zuschlag bekommen hat.

Eine Sache hätte ich noch, dass man das vielleicht irgendwie feierlich in den Dienst stellen können. Ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn alle zustimmen, denn es wird wirklich notwendig gebraucht. Danke,

Völk: Dankeschön, sehr gerne werden wir es feierlich in den Dienst stellen. Ich ersuche nun um ein Zeichen der Zustimmung für diesen Ankauf. Ich sehe hier Einstimmigkeit und bedanke mich herzlich.

| Abstimmungsergebnis: | | Einstimmig beschlossen | | | |
|-----------------------------|----|-------------------------------|---|-----------------|---|
| Prostimmen | | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung | |
| ÖVP | 17 | ÖVP | 0 | ÖVP | 0 |
| SPÖ | 8 | SPÖ | 0 | SPÖ | 0 |
| GRÜNE | 5 | GRÜNE | 0 | GRÜNE | 0 |
| FPÖ | 1 | FPÖ | 0 | FPÖ | 0 |

Ruzicka verlässt die Sitzung 19:58 Uhr

12. Änderung – Kurzparkzonenverordnung

Dummer: Bei meinem letzten Antrag betreffend die Kurzparkverordnung. Wir haben ja grundsätzlich schon in einer der vorigen Sitzungen die Erhöhung der Kurzparkzonenabgabe für den stündlichen Tarif, aber letztendlich auch für die Ausnahmegenehmigungen beschlossen. Nur zur Erinnerung, 70 Cent kostet jetzt die halbe Stunde bei uns. 180 Euro ab ersten Juli die Ausnahmegenehmigung für Anwohner und 300 Euro für Unternehmer. Was wir jetzt noch tun ist die Kurzparkverordnung so anzupassen, dass die Ausgabe dieser Karten auch rechtlich gedeckt ist. Das ist derzeit nicht überall der Fall gewesen und es werden sich da einige Dinge eben ändern. Ich möchte jetzt nicht unbedingt die ganze Verordnung vorlesen, sondern ihr besteht darauf, dann lese ich es vor.

Ich werde nur kurz die groben Änderungen hervorheben, also einerseits wurden die Straßenzüge neu definiert und auch die Zuordnung welcher Anwohner in welchen Straßenzonen Ausnahmegenehmigung beantragen kann. Generell für alle ändert sich, dass eine Ausnahmegenehmigung nur mehr für ein Kennzeichen gilt, nicht so wie in der Vergangenheit für bis zu sieben Kennzeichen, sondern Ausnahmegenehmigung kann nur für ein Kennzeichen gelten. Bewohnerin für zwei Straßenzüge in ihrem Umfeld und die Bewohner:innen müssen auch einen Nachweis erbringen, dass in ihrer Wohnhausanlage keine freien Parkplätze zur Verfügung stehen. Also nicht nur weil es billiger ist, parken wir auf der Straße, sondern weil es wirklich einen Bedarf gibt. Für Handwerksbetriebe gibt es dann in Zukunft eine Karte, die sie berechtigt in allen Kurzparkzonen um 300 Euro im Jahr zu stehen. Dasselbe gilt für Unternehmer, in diesen Fällen, wo die am Betriebsstandort keine Möglichkeit haben zu parken. Für die Unternehmer ist es auf zwei Kraftfahrzeuge pro Betriebsstandort eingeschränkt. Für Handwerksbetriebe wird man die Beschränkung aufheben, weil es halt Unternehmer gibt, die eben bis zu sieben Montage-Fahrzeuge und mehr haben. Und es ist dann in deren Ermessen zu entscheiden, für wie viele Autos möchte ich diese 300 Euro im Jahr bezahlen.

Es gibt dann eine Reihe von Ausnahmen, die sowieso Gesetz geregelt werden oder sind. Darüber hinaus haben wir dann noch Sonderregelungen für Personen, die für eine gemeinnützigen, nicht auf Gewinn gerichteten Verein oder eine sonstige karitative Organisation ohne Gewinnerzielungsabsicht, medizinische beziehungsweise seelsorgerische Dienste in Stockerau zu erbringen haben. Das gilt dann für die Benützung aller, Kurzparkzonen. Wir haben eine Ausnahme, für die auf die Stadtgemeinde Stockerau zugelassenen Personenkraftwagen, also alle unsere Gärtner- und Wirtschaftshoffahrzeuge, sind dann in Zukunft auch von diesen Kurzparkzonengebühren ausgenommen. Die Lkw sowieso per Gesetz und des weiten wir eben aus, auf die Einsatzfahrzeuge der Stadtgemeinde Stockerau. Personen, denen die Vertretung der Gemeinde nach außen, beziehungsweise die Leitung, des inneren Dienstes obliegt, also die für die Gemeinde überwiegend unterwegs sind,

da die wurden auch von der Kurzparkzonenpflicht ausgenommen. Personen, denen als allgemeiner Vertretungskörper die selbstständige Erledigung der ihnen vorbehaltenen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde obliegt, auch diese Bedienstete einer Schule, eines Kindergartens oder eines Ortes, die eben in der Kurzparkzone die Schule haben, damit wir ausreichend Pädagog:innen haben. Das sind dann schon die Ausnahmen, alle anderen Ausnahmen und das waren viele, die sind wegfallen. Gelten tun natürlich noch die, die im Gesetz geregelt sind, da fällt alles Mögliche darunter. Da ist eben unser Personal angewiesen, das entsprechend zu berücksichtigen.

Antrag

Daher stelle ich den Antrag, die neue Kurzparkverordnung, so wie im Amtsbericht ausgeführt und in der Beilage vorliegend, zu genehmigen.

Völk: Gibt es Wortmeldungen? Herr Stadtrat Pfeiler.

Pfeiler: Dankeschön. Grundsätzlich sehr positiv, wenn diese Kurzparkzonenverordnung überarbeitet und auf Stand gebracht wird. Wir haben natürlich Verständnis für die Parkbedürfnisse der Pädagog:innen. Ein bisschen Sorge haben wir dahingehend, dass der Kurzparkzonenparkplatz hinter dem Automobilmuseum dann für diese Zwecke, eben für die Pädagog:innen, stark genutzt wird und das ist halt gleichzeitig auch der Parkplatz, wo quasi die Laufkundschaft kommt und fährt. Das ist ein bisschen unsere Sorge, dass man dann für quasi für Kund:innen der Stadt die Kapazitäten blockiert. Bei allem Verständnis für das Bedürfnis da die Fahrzeuge abzustellen. Da würden wir vorschlagen, dass man die Auslastung speziell von diesem Platz beobachtet und evaluiert. Das sollte uns nicht passieren, dass wir da dann für die Geschäfte im Bereich Renner Platz, für das Kaffeehaus und so weiter zu wenig Kurzparkmöglichkeiten haben. Wie ich generell heute noch einmal anregen möchte, ich habe es eh schon öfter gesagt, wir sollten uns anschauen, welche Auslastung, Umschlagshäufigkeit und so weiter wir in den Stockerauer Kurzparkzonen haben und auch diese Zonierung auf Basis dieser Erhebungen und Analysen noch einmal anschauen. Dankeschön.

Dummer: Danke, richtiger, wichtiger Hinweis. Das haben wir uns auch im Vorfeld angeschaut. Also 50 Pädagog:innen im Umfeld des Schulcampuses haben bisher eine Ausnahme-genehmigung gehabt. Wir hatten bisher auf dem Schulgelände Parkplätze in der Klesheimstraße. Die haben wir jetzt in Kurzparkzonenparkplätze verwandelt und die Ausnahme-genehmigung für den Schulcampus gilt für die Klesheimstraße und für das Automobilmuseum, richtigerweise. Dort stehen auch viele auf den Dauerparkplätzen von den Pädagog:innen, weil dort kostet es gar nichts. Die kommen auch relativ zeitig, teilweise um 7 Uhr wo die, die in die Arbeit fahren gerade wegfahren. Ich parke dort selber gelegentlich, aber vor allem gehe ich dort sehr oft vorbei. Es gibt eigentlich in der Kurzparkzone fast immer Parkplätze. Die Dauerparkplätze sind allerdings sehr konsequent belegt, aber es richtig, das muss man beobachten, Danke.

Völk: Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit und bedanke mich.

| Abstimmungsergebnis: | Einstimmig beschlossen | | |
|-----------------------------|-------------------------------|--|-----------------|
| Prostimmen | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung |
| ÖVP 17 | ÖVP 0 | | ÖVP 0 |
| SPÖ 7 | SPÖ 0 | | SPÖ 0 |
| GRÜNE 5 | GRÜNE 0 | | GRÜNE 0 |
| FPÖ 1 | FPÖ 0 | | FPÖ 0 |

Ruzicka nimmt an der Sitzung wieder teil 20:07 Uhr

Dringlichkeitsantrag – Förderungsvertrag der KPC betreffend PV-Anlage Sportzentrum Stockerau

Dummer: Danke. Dann bin ich bei meinem letzten Punkt, beim Dringlichkeitsantrag. Danke für die Zuerkennung der Dringlichkeit.

Es geht um diesen Förderungsvertrag der KPC. Wir haben da mehrere Förderverträge unterschrieben, für beide Volksschulen, für die Mittelschule und eben auch für das Sportzentrum. Alle anderen waren richtig ausgestellt, nur der beim Sportzentrum hat den falschen Text gehabt und darum hat die KPC ersucht, wir mögen einen neuen Vertrag diesbezüglich unterschreiben.

Wir sind nicht schlechter gestellt, die maximale Fördersumme bleibt gleich mit € 45.568, es gibt lediglich eine textliche Änderung. Die Frist ist leider auch nicht verlängert worden, bis 30.06. müssen wir das durchführen und abschließend, das ist beim Sportzentrum sowieso schon gestehen geschehen, da warten man nur mehr auf die Inbetriebnahme durch die EVN. Sonst ist das eigentlich abgeschlossen. Auf der Millenniumshalle haben wir eine PV-Anlage liegen, falls es noch nicht alle gesehen haben.

Antrag

Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der neue Förderungsvertrag vom 02.05.2023 betreffend Photovoltaikanlage KEM-PV – Stockerau Sportzentrum Alte Au – Auftragsnummer C165195 – abgeschlossen zwischen dem Klima- und Energiefonds als Förderungsgeber, welcher durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH vertreten wird, und der Stadtgemeinde Stockerau als Förderungsnehmer, wird mittels beiliegender Annahmeerklärung genehmigt.

Völk: Ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung, Einstimmigkeit, Dankeschön.

| Abstimmungsergebnis: | Einstimmig beschlossen | |
|-----------------------------|-------------------------------|-----------------|
| Prostimmen | Gegenstimmen | Stimmenthaltung |
| ÖVP 17 | ÖVP 0 | ÖVP 0 |
| SPÖ 8 | SPÖ 0 | SPÖ 0 |
| GRÜNE 5 | GRÜNE 0 | GRÜNE 0 |
| FPÖ 1 | FPÖ 0 | FPÖ 0 |

13. Beauftragung – statische Verstärkung CFK-Lamellen Volksschule West

Rosenberger: Dankeschön, der erste Antrag beschäftigt sich mit der Beauftragung – statische Verstärkung CFK-Lamellen Volksschule West. Die Mitglieder des Bauausschusses und die Gäste, die mit waren damals beim vorletzten Bauausschuss, haben das auch vor Ort gesehen, worum es da geht.

Im Zuge der Ausarbeitung der Detailstatik für die Volksschule West hat sich herausgestellt, dass die bestehende Decke über dem ersten Obergeschoss in Teilbereich nicht ausreichend tragfähig ist, um die Lasten der Klassennutzung durch die Aufstockung aufzunehmen. Seitens des Generalplaner wurde dann ein statisches Konzept zur Verstärkung der Bestandsdecke mittels dieser CFK-Lamellen ausgearbeitet und ein Angebot von der Firma Bauschutz eingeholt. Aufgrund der Dringlichkeit der Ausführung für die Nutzung als Ausweichklassen ab den Semesterferien und der Staubentwicklung im Zuge der Vorbehandlungsarbeiten wurden die Leistungen bereits in die Weihnachtsferien ausgeführt.

Aufgrund der Höhe des geschätzten Auftragswertes kann die Vergabe als Direktvergabe erfolgen. Die Wirtschaftlichkeit der angebotenen Einheitspreise wurde seitens Generalplaner/ÖBA aus Vergleichsprojekten bestätigt. Im Zuge der Nachverhandlung Gespräche am 25.04.2023 wurden seitens der Firma Bauschutz GmbH noch ein Nachlass von 7% auf den Angebotspreis des Angebots vom 04.04.2023 gewährt.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit der statischen Verstärkung mittels CFK-Lamellen wird die Firma Bauschutz GmbH. & CO KG gemäß dem Angebot vom 04.04.2023 unter Berücksichtigung eines Nachlasses in Höhe von 7% gemäß Verhandlung vom 25.04.2023 mit einer Summe in der Höhe von € 54.429,04 netto beauftragt.

Völk: Ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Danke

| Abstimmungsergebnis: | Einstimmig beschlossen | | | |
|-----------------------------|-------------------------------|---|-----------------|---|
| Prostimmen | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung | |
| ÖVP 17 | ÖVP | 0 | ÖVP | 0 |
| SPÖ 8 | SPÖ | 0 | SPÖ | 0 |
| GRÜNE 5 | GRÜNE | 0 | GRÜNE | 0 |
| FPÖ 1 | FPÖ | 0 | FPÖ | 0 |

14. Beauftragung – geänderte Unterkonstruktion PV-Anlagen Volksschule

Rosenberger: Im Zuge der Ausführungsplanung für die Errichtung der PV-Anlagen der Volksschulen wurden hinsichtlich der vorgesehenen Unterkonstruktion Bedenken geäußert, da eine große Anzahl von Durchdringungen des Foliendaches erforderlich gewesen wären. Auch bei einer fachgerechten Eindichtung der Befestigung wäre ein gewisses Restrisiko für Undichtheiten bestanden.

Aus diesem Grund wurde seitens des Planers und der ausführenden Firma die Möglichkeit der Umsetzung der PV-Anlagen mit einem durchdringungsfreien Befestigungssystem untersucht und Abstimmungen mit dem Hersteller vorgenommen.

Die Mehr-/Minderkostenforderungen für die geänderte Unterkonstruktion dieses Systems wurden am 09.05.2023 übermittelt und durch die beauftragte ÖBA/Planer geprüft. Diese beinhalten den Entfall der vertraglich vorgesehenen Unterkonstruktion und die Mehrkosten von € 31.168,35 (Volksschule West € 8.187,60 und Volksschule Ost € 22.980,75) der geänderten Ausführung.

Gemäß der Kostenprognose der ÖBA können diesen Mehrkosten die sich aus der konkreten Ausführung ergebenden Minderkosten von 16.847,02 € für beide Volksschulen gegenübergestellt werden.

Dies ergibt in Summe zu beauftragende Mehrkosten von 14.321,33 € für beide Volksschulen und somit eine fortgeschriebene Auftragssumme von 354.302,78 € netto (425.163,34 € brutto). In der Kostenprognose des Planers für die gesamten PV Anlagen werden Minderkosten gegenüber der Beauftragung von 49.598,75 € angeführt.

Die derzeit angebotene Ausführung beinhaltet auf den Volksschulen in Summe 510 Module. Derzeit laufen Untersuchungen über die brandschutztechnische und statische Eignung von zusätzlichen Flächen, um die noch erforderliche zusätzliche Anzahl von Modulen umzusetzen.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit den Mehrkosten aufgrund der geänderten Unterkonstruktion für die PV-Anlagen der Volksschulen Stockerau wird die Firma Quasnitschka Haustechnik GmbH gem. Nachtragsangeboten vom 09.05.2023 mit einer Summe von 14.321,33 € netto beauftragt.

Völk: Ich ersuche um Abstimmung und ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie diesen Antrag unterstützen, Dankeschön. Einstimmig

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

| Prostimmen | | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung | |
|------------|----|--------------|---|-----------------|---|
| ÖVP | 17 | ÖVP | 0 | ÖVP | 0 |
| SPÖ | 8 | SPÖ | 0 | SPÖ | 0 |
| GRÜNE | 5 | GRÜNE | 0 | GRÜNE | 0 |
| FPÖ | 1 | FPÖ | 0 | FPÖ | 0 |

Dringlichkeitsantrag – Beauftragung – zusätzliche Leistungen PV-Anlage Mittelschulen

Rosenberger: Gut und so guter Letzt dann auch noch den Dringlichkeitsantrag, das wird jetzt ein bisschen länger.

In der Planung und Ausschreibung wurde vom beauftragten Dienstleister Gebäudetechnik Waltner GmbH davon ausgegangen, dass der bestehende Zählpunkt für die Einspeisung der zu errichtenden PV Anlage mit 80kWp geeignet ist. Mit der Bekanntgabe der Zählpunkt-nummer von der EVN wurde in diesem Schreiben eine Abstimmung vor der Errichtung empfohlen. Dadurch, dass die MS (gesamtes zusammenhängendes Schulgebäude) eine Bezugsleistung von 90kW hat, war für Gebäudetechnik Waltner GmbH der vorhandene Zählpunkt geeignet.

In den vergangenen Wochen wurden seitens der ausführenden Quasnitschka GmbH und dem Planer/ÖBA Gebäudetechnik Waltner GmbH Abstimmungsgespräche mit der EVN geführt. Dabei hat sich immer mehr herausgestellt, dass eine Einspeiseleistung von maximal 30 kVA am bestehenden Zählpunkt möglich ist.

Das würde bedeuten, dass die restliche erzeugte Leistung von ca. 40kVA nur für den Eigenbedarf genutzt und nicht in das öffentliche Netz eingespeist werden kann. Dadurch ergebe sich die Situation in den Sommermonaten, dass die 40kVA nicht eingespeist werden können, da in dieser Zeit nur ein geringer Eigenbedarf durch die Mittelschulen gegeben ist.

Am Montag den 08.05.2023 wurde seitens Gebäudetechnik Waltner GmbH nochmals bei der EVN mit Herrn DI Markus Hofleitner-Mayer, BSc. versucht eine Einspeisung in den bestehenden Zählpunkt zu ermöglichen.

Leider ohne Erfolg, dadurch wurde am 09.05.2023 mit Herrn Kuchler von der Quasnitschka GmbH vor Ort eine Lösung über eine neue Einspeisesituation gesucht.

Bei dieser Begehung wurde festgelegt, dass beim neuen Trafo ein neuer Messwandler errichtet wird und die neue Zuleitung über den bestehenden Kollektor in den Keller der NMS errichtet wird. Da ein neuer Zählpunkt (Zuleitung) hergestellt wird, ist es auch erforderlich die Elektro Hauptverteilung auf Stand der Technik zu bringen.

Da die nach dem Stand der Technik erforderliche Schutzmaßnahme Nullung nicht vorhanden ist, muss diese entsprechend der Vorschriften/Normen nachgerüstet werden.

Im Keller wird ein neuer Hauptverteiler errichtet, um die Leitungslängen zu den Unterverteilern so kurz als möglich zu halten.

Neben diesem Abgangsverteiler wird auch der Einspeiseverteiler von der PV errichtet.

Dadurch sind in Zukunft kurze Leitungswege zu den einzelnen Unterverteiler und Verbrauchern vorhanden. Zu den bestehenden Verteilern müssen zusätzliche Erdungsleitungen vom neuen Hauptverteiler aus gezogen werden.

Diese oben angeführten Änderungen und Leistungen wären auch in naher Zukunft erforderlich gewesen.

Damit die installierte Leistung am Dach auch bei keinem oder sehr geringen Eigenverbrauch in das Netz der EVN eingespeist werden kann, sind diese Maßnahmen/Umbauarbeiten erforderlich.

Die Mehr-/Minderkostenforderungen für die geänderte Ausführung wurde am 10.05.2023 übermittelt und durch die beauftragte ÖBA/Planer geprüft. Die geprüften Mehrkosten betragen für die zusätzlichen Leistungen betragen 41.417,94 €.

Gemäß der Kostenprognose der ÖBA können diesen Mehrkosten die sich aus der konkreten Ausführung ergebenden Minderkosten von 28.985,10 € gegenübergestellt werden. Diese wurden auch bereits in der Mehr- und Minderkostenforderung vom 10.05.2023 berücksichtigt. Dies ergibt in Summe zu beauftragende Mehrkosten von 12.432,84 € und somit eine fortgeschriebene Auftragssumme von 166.221,04 € netto (199.465,25 € brutto). In der Kostenprognose des Planers für die gesamten PV Anlagen werden Minderkosten gegenüber der Beauftragung von 49.598,75 € angeführt.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit den Mehrkosten aufgrund der geänderten Ausführung für die PV-Anlagen der Mittelschulen Stockerau wird die Quasnitschka Haustechnik GmbH gem. Nachtragsangebot vom 10.05.2023 mit einer Summe von 12.432,84 € netto beauftragt.

Völk: Wir kommen zur Abstimmung und geben sie mir bitte ein Zeichen der Zustimmung. Dankeschön, einstimmig.

| Abstimmungsergebnis: | Einstimmig beschlossen | |
|-----------------------------|-------------------------------|-----------------|
| Prostimmen | Gegenstimmen | Stimmenthaltung |
| ÖVP 17 | ÖVP 0 | ÖVP 0 |
| SPÖ 8 | SPÖ 0 | SPÖ 0 |
| GRÜNE 5 | GRÜNE 0 | GRÜNE 0 |
| FPÖ 1 | FPÖ 0 | FPÖ 0 |

15. Einräumung Servitut

Koll: Guten Abend allerseits. Sie kennen unser Leuchtturmprojekt, die Renovierung, Sanierung der Schaumannngasse 18, Lindenhof in Stockerau genannt, wird auch thermisch saniert und diese Arbeiten sind im Gang. Ich lade sie auch ein sich das anzuschauen. Das wird eine tolle Geschichte.

Im Rahmen dieser Umbauarbeiten ist man drauf gekommen, dass die Dachentwässerung in einer technisch nicht zufriedenstellenden Art und Weise gelöst ist und dass bei Starkregen dadurch auch bisher schon immer zu Wassereintritten in den Dachbodenraum und den darunter liegenden Wohnungen kommt. Aus dem Grund wurde eine technische Lösung gesucht, um diesem Mangel zu beseitigen. Die Lösung soll sein, dass an der Gebäudefront entlang in Regensinkkästen das Regenwasser in Zukunft in den in den Mischkanal abgeführt wird. Dafür benötigt die Kommunale Immobilien Gesellschaft ein Servitut von der Stadt.

Nachdem der Gehsteig ohnehin dort neu hergestellt werden muss, gibt es keinen Zusatzaufwand, es bedarf nur einer Bewilligung, dass die KIG das machen darf. Aus dem Grund hat die KIG ein Ansuchen gestellt auf ein Servitut zur Verlegung und Instandhaltung dieser Regenwassersammelleitung entlang von Teilbereichen der Gebäudefront in der Schaumannngasse und in der Primarius Dr. Johann Rauch-Straße. Da wird auf bestehende Einbauten Rücksicht genommen und die erforderlichen Abstände werden eingehalten. Die Strabag AG ist beauftragt, die bei der Ausschreibung als Bestbieter hervorgegangen ist. Hier geht es aber nicht um eine Auftragsvergabe, sondern um ein Servitut.

Antrag

Es wird ja der Antrag gestellte Gemeinderat wolle beschließen:

Folgende Einräumung eines Servituts soll beschlossen werden: Einräumung eines Servituts zur Verlegung und Instandhaltung einer Regenwassersammelleitung entlang von Teilbereichen der Gebäudefront des Wohnhauses Schaumannngasse 18 in den Gehsteigen der Schaumannngasse und der Primarius Doktor Johann Rauch-Straße für die Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (KIG).

Pfeiler: Dankeschön, inhaltlich alles verstanden, alles klar und nachvollziehbar. Ich wollte nur fragen, ob im Zuge der Sanierungsarbeiten auch evaluiert wurde. Das Regenwasser, das auf der Schaumannngassenseite anfällt und abgeführt wird, um dass es hier geht, durchzuleiten in den Innenbereich und am Eigengrund zu versickern, um einfach den Mischwasserkanal bei Starkregenereignissen zu entlasten und gleichzeitig, dass das Wasser wieder zu uns in das Grundwasser rückzuführen. Wurde das auch angeschaut und evaluiert?

Koll: Meines Erachtens wurde das nicht, weil man nur eine Lösung gesucht hat, wie man diesen Wassereinbruch, der bei Starkregen entsteht, beheben kann und da haben die Techniker vorgeschlagen, dass man das so macht. Also technisch ist das nicht evaluiert meines Wissens nach.

Peiler: Danke für die Information. Es wäre wichtig, dass wo immer möglich bei Sanierungsarbeiten, Umbauarbeiten wenn man da jetzt auch in der Schaumannngasse Aufgrabungen durchführt mit längeren Leitungslängen, dass man dann darauf achtet, wo immer möglich weg vom Wegleiten ins Kanalsystem hin zum lokalen Versickern zu kommen. Danke.

Koll: Ich würde vorschlagen, dass wir das im Aufsichtsrat der KIG besprechen für diese Projekte einerseits die dort sind und die da sind. Ich würde darum bitten, dass man jetzt zustimmt, dass das ein Servitut ist, weil wenn das nicht geht oder technisch nicht geht oder zu teuer ist, dass man trotzdem die Möglichkeit haben dieses Servitut zu haben.

Pfeiler: Die Einräumung des Servitutes, das ist ja davon unabhängig, weil man ja ganz egal wie man das Regenwasser jetzt wegbringt, sage ich einmal, in der Schaumannngasse Fläche dafür braucht und öffentlichen Grund dafür in Anspruch nimmt. Also die Einräumung des Servitutes ist von der technischen Lösung dann unabhängig und in beiden Fällen notwendig. Danke, wenn das noch einmal in der KIG besprochen und aufgenommen wird.

Koll: Gerne, das habe ich gemeint.

Völk: Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit, Dankeschön.

| Abstimmungsergebnis: | Einstimmig beschlossen | | Stimmenthaltung | |
|-----------------------------|-------------------------------|---|------------------------|---|
| Prostimmen | Gegenstimmen | | | |
| ÖVP 17 | ÖVP | 0 | ÖVP | 0 |
| SPÖ 8 | SPÖ | 0 | SPÖ | 0 |
| GRÜNE 5 | GRÜNE | 0 | GRÜNE | 0 |
| FPÖ 1 | FPÖ | 0 | FPÖ | 0 |

17. Erhaltungserklärung – Radwegförderung Gaswerkstraße

Falb: Ich darf den kurzfristig verhinderten Kollegen Hödl hier bei der Antragsstellung vertreten. Der erste Antrag ist die „Erhaltungserklärung Radweg Gaswerkstraße“, wo wir heuer, wie gesagt, einen Radweg im Kontext der Ausarbeitung des Radbasisnetzes durchführen oder bauen. Wir brauchen eine Erhaltungserklärung gegenüber dem Land NÖ, um die 60% Radwegförderung lukrieren zu können.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die für die Radwegförderung erforderliche Erklärung zur Haltung, betreffend der Radverkehrsanlage Geh- und Radwegverbindung Gaswerkstraße, Grafendorfer Straße zu unterzeichnen, sodass die Kosten für die Entfernung der Bäume, die Herstellung der

nördlichen Absturzsicherung, die Herstellung des Geh- und Radweges, die Bodenmarkierung und die Verkehrszeichen mit 60% gefördert werden können. Ich ersuche um Zustimmung.

Pfeiler: Wichtig wäre, dass im Zuge der Durchführung dieses Projektes dann auch der jetzt schon öffentlich befahrbare Teil der Gaswerkstraße saniert wird oder soweit instandgesetzt wird, dass er gut befahrbar ist. In dem Bereich ist die bestehende Asphaltschicht schon sehr verschlissen. Das war bisher von untergeordneter Bedeutung, weil es eben nur die Anlieger:innen betroffen hat. Wenn man das jetzt als Radroute aktiviert, was gut und richtig ist, sollten wir auf den bestehenden Bereich achten und schauen, ob wir da eventuell kleine Sanierungsmaßnahmen setzen müssen, weil da der Asphalt schon ausgebrochen ist. Danke.

Falb: Ich kann das jetzt nur in Vertretung vom Kollegen Hödl entgegen nehmen. Ich gehe davon aus, dass das im Ausschuss auch so angetönt wurde, danke.

Völk: Dankeschön. Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Dankeschön.

| Abstimmungsergebnis: | | Einstimmig beschlossen | | | |
|-----------------------------|----|-------------------------------|---|-----------------|---|
| Prostimmen | | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung | |
| ÖVP | 17 | ÖVP | 0 | ÖVP | 0 |
| SPÖ | 8 | SPÖ | 0 | SPÖ | 0 |
| GRÜNE | 5 | GRÜNE | 0 | GRÜNE | 0 |
| FPÖ | 1 | FPÖ | 0 | FPÖ | 0 |

18. Mehrkostenforderung Strabag – Rahmenauftrag

Falb: Ich habe einen zweiten Antrag aus dem Ausschuss. Und das ist jetzt „Mehr-/Minderleistung Forderungen Strabag – Rahmenauftrag“.

Im Zuge der Detailplanung Pflanzsteig wurde der Bereich des Bauloses mittels GPS vermessen. Dabei wurde festgestellt, dass das Längstgefälle für die Entwässerung nicht ausreichend ist, was ein Nachtragsangebot für einen Spitzgraben erfordert von € 9.383,04 brutto.

Weiters ist seitens der EVN festgestellt worden im Rahmen der Grabarbeiten, dass der Unterbau nicht der Ausschreibung entspricht. Das tatsächlich vorhandene Material kann nämlich nicht wiederverwendet werden und muss deponiert werden. Da brauchen wir eine Nachtragsposition von € 9.726 für die Entfernung des Lockerbodens.

Im Rahmen der Planung der Bushaltestellenverlegung in der Ernstbrunner Straße muss die neue Bushaltestelle den Anforderungen der Richtlinie „Optimierung des ÖPNV – Freie Strecke und Haltestellen“ (RVS 02.03.11) entsprechen. Da im Rahmenauftrag keine Position für die Sonderbordsteine für Bushaltestellen enthalten waren, wurde dafür ein entsprechendes Nachtragsangebot angefragt. Mehrkosten: € 4.059,10 brutto

Die Preisgleitung ist in den Nachtragsangeboten nicht berücksichtigt und sind auf Preisbasis des Rahmenvertrags. Die Mehrkosten werden im Nachtragsvoranschlag 2023 berücksichtigt.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Strabag AG mit dem notwendigen Nachtragsangebot mit einer Gesamtsumme von € 23.168,14 brutto zu beauftragen.

Völk: Ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Dankeschön.

| Abstimmungsergebnis: | | Einstimmig beschlossen | | | |
|-----------------------------|----|-------------------------------|---|-----------------|---|
| Prostimmen | | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung | |
| ÖVP | 17 | ÖVP | 0 | ÖVP | 0 |

SPÖ 8
GRÜNE 5
FPÖ 1

SPÖ 0
GRÜNE 0
FPÖ 0

SPÖ 0
GRÜNE 0
FPÖ 0

Ćorković nimmt an der Sitzung teil

19. Beauftragung – Videostreaming-System und Protokollerstellung

Falb: Ich danke. Der eine Antrag, nämlich die Stockerau Card haben wir zwar besprochen im zuständigen Ausschuss, es haben sich aber noch einige Fragestellungen ergeben. Das heißt, wir haben das deswegen heute von der Tagesordnung genommen. Ich hätte darum gebeten, dass wir das im Sondergemeinderat, den wir am 31.05.2023 haben, nach Möglichkeit mitbeschließen um vorher noch mit den Fraktionen kommunizieren, beziehungsweise auftretende Fragen klären können.

Der zweite Antrag ist Videostreaming und Protokollerstellung, das System, das wir heute ein zweites Mal testen. Es soll hier also ein zukunftstaugliches Videosystem angekauft werden. Es wird nach eingehenden Recherchen eine Lösung mit den Stockerauer Unternehmen CAMFIRE.media GmbH und VOGRIN Datenprojektion, sowie der Streamdiver GmbH aus Klagenfurt vorgeschlagen.

Folgende Möglichkeiten ergeben sich dadurch: Video-Aufzeichnung von Sitzungen im Lenusaal, Speicherung der Videos auf einem gesicherten Server, Übertragung eines Internet-Livestreams, Video-on-Demand möglich und Automatische, KI-gestützte Transkription zur Verschriftlichung der Sitzungen.

Wir haben ja heute die zweite Teststellung, weil wir draufgekommen sind in den Aufnahmen vom letzten Mal, dass da einiges noch nicht so funktioniert hat, wie wir uns das erhofft haben. Deswegen auch heute diese U-Konfiguration, unter anderem der große Vorteil. Das hat sich bereits nach der Teststellung ergeben, dass die Protokollierung, also die Erarbeitung eines Wortprotokolls deutlich Zeit spart, weniger zeitintensiv möglich ist. Also das ermöglicht uns auch, weil wir es schon öfter diskutiert haben, die weitere Aufrechterhaltung eines Wortprotokolls. Das muss man nicht, das ist ein Sahnehäubchen in unserer Administration. Aber aufgrund der langen Protokollreihe, die weit zurück reicht, von vielen gewünscht und daher in diesem neuen System möglich.

Wir wollen dann in einen Echt-Betrieb gehen, wo wir allerdings noch politische Einigung über gemeinsam getragene Regelung aller Fraktionen uns ausmachen müssen. Ich werde versuchen einen Termin in unmittelbar nächster Zeit zusammen zustande zu bringen.

Die Kosten betragen einmalig € 9.248, das sind Streamdiver € 600 und VOGRIN Datenprojektion einmalig € 8.648 und monatlich € 824. Die ergeben sich aus Softwarekosten der Firma Streamdiver.

Techniker Einzelstunden, die wir am Anfang glauben zu brauchen, würden mit € 60 zu Buche schlagen. Wir gehen davon aus, dass in weiterer Folge das System mit Eigenpersonal betreibbar ist.

Es hat Alternativangebot gegeben, eines davon von der Firma GemdatNÖ. Was eines der Probleme ist in dem Kontext ist, wir wollen die Speicherung auf einem eigenen Server vornehmen, um weiter die Kontrolle über das System zu haben, aber das ist in der angebotenen Lösung möglich. Eine YouTube Lösung erscheint uns nicht günstig.

Antrag

Wir stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Um Gemeinderats- und ggf. weitere Sitzungen aufzeichnen und den Bürger:innen der Stadt via Livestream zur Verfügung stellen zu können, sowie die Protokollerstellung mittels künstlicher Intelligenz maßgeblich zu optimieren, wie im Amtsbericht angeführt, soll der Auftrag zum Ankauf einer Video-Software-Lösung, mit der Nettoauftragssumme von einmalig Euro 600,- und monatlich Euro 824,60 an die Streamdiver GmbH entsprechend dem Angebot Nr. P00442-v1 vom 19.01.2023, sowie der Ankauf der Hardware mit der Nettoauftragssumme

von Euro 8.684,- an die VOGRIN Datenprojektion, entsprechend dem Angebot Nr. 0012661 vom 20.4.2023 und der Auftrag zur Bereitstellung eines Videotechnikers zu netto Euro 60,- je Stunde an die CAMFIRE.media GmbH, entsprechend dem Angebot Nr. P00042-003-v0 vom 18.04.2023, bis die IT-Abteilung die Arbeiten übernehmen kann, erteilt werden.

Die Auftragserteilung erfolgt nach Vorliegen der Ergebnisse der o.a. politischen Gespräche.

Völlk: Gibt es Wortmeldung? Dann kommen wir zu zur Abstimmung und ich ersuche um Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit, danke schön.

| Abstimmungsergebnis: | | Einstimmig beschlossen | | | |
|-----------------------------|----|-------------------------------|---|-----------------|---|
| Prostimmen | | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung | |
| ÖVP | 17 | ÖVP | 0 | ÖVP | 0 |
| SPÖ | 8 | SPÖ | 0 | SPÖ | 0 |
| GRÜNE | 5 | GRÜNE | 0 | GRÜNE | 0 |
| FPÖ | 2 | FPÖ | 0 | FPÖ | 0 |

Dringlichkeitsantrag – Wohnen muss leistbar sein

Völlk: Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Fraktion der GRÜNEN. Er wurde bereits verlesen. Der Text ist bekannt, wir gehen gleich in die Diskussion.

Falb: Ja, ich danke für den Antrag. Ich wurde sehr befürworten, den Antrag im Finanzausschuss zu beraten, daher ihn dorthin zu verweisen.

Völlk: Gut, dann behandeln wir den Antrag vom Herrn Vizebürgermeister und ich ersuche ein Zeichen der Zustimmung für die Zuweisung in den Ausschuss. Herr GR Meier, du hast eine?

Mayer: Dankeschön. Ich möchte auch einmal alle begrüßen. Bei der Zustimmung der Dringlichkeit habe ich das dann noch einmal durchgelesen und ich habe auch gedacht, ob das das richtige Gremium dafür der Gemeinderat ist. Mein Vorschlag wäre auch gewesen, dass wir dieses in einem Ausschuss geben, weil das Thema sehr komplex ist. Dankeschön.

Kubat: Ich habe natürlich auch nichts dagegen, wenn wir das in den Ausschuss geben und dort besprechen. Ich hätte aber nur eine Bitte, weil dieses Thema doch so von einem großen öffentlichen Interesse ist, dass wir dann auch das Ergebnis dieser Diskussionen vom Ausschuss im Gemeinderat kurz berichten werden. Diese Bitte hätte ich.

Völlk: Die Empfehlung des Ausschusses? Wenn eine Empfehlung für den Gemeinderat eine Entscheidung herauskommt.

Kubat: Also wenn eine Entscheidung herauskommt für den Gemeinderat, dann ist das eh ein Antrag. Aber es kann ja auch sein, dass vielleicht gar nichts herauskommt. Ich finde das schon wichtig, dass das nicht nur im Ausschuss bleibt, sondern dass man da kurz darüber berichtet, weil das Thema doch von einem großen öffentlichen Interesse ist. Ich wollte nur einmal die Bitte deponiert haben, nicht dass das im Ausschuss dann versandet.

Falb: Das ist zur Kenntnis genommen.

Völlk: Wir stimmen über den Antrag, dass hier zugewiesen wird, das Thema in den Finanzausschuss ab und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Dankeschön.

| Abstimmungsergebnis: | | Einstimmig beschlossen | | | |
|-----------------------------|--|-------------------------------|--|-----------------|--|
| Prostimmen | | Gegenstimmen | | Stimmenthaltung | |

ÖVP 17
SPÖ 8
GRÜNE 5
FPÖ 2

ÖVP 0
SPÖ 0
GRÜNE 0
FPÖ 0

ÖVP 0
SPÖ 0
GRÜNE 0
FPÖ 0

Vökl dankt und schließt die öffentliche Sitzung um 20:35 Uhr.

Die Bürgermeisterin
Mag. (FH) Andrea Vökl

Für die ÖVP-Fraktion

StR Dr. Christian Moser

Für die SPÖ-Fraktion

2. Vizebgm. Heinz Scheele

Für die GRÜNEN-Fraktion

StR DI Dietmar Pfeiler

Für die FPÖ-Fraktion

StR Herbert Pohl

Für das Protokoll

StADir. Mag. Christina Pinggera

Schriftführerin

Birgit Bauer